

25. (außerordentliche) Sitzung

am Freitag, dem 24. Juni 2016

Inhalt

**Misstrauensantrag gegen die Senatorin
für Finanzen**

**Antrag der Fraktion der CDU und des
Abgeordneten Timke (BIW)**

vom 16. Juni 2016

(Drucksache 19/653)

Abg. Röwekamp (CDU)	1833
Abg. Timke (BIW)	1838
Abg. Tschöpe (SPD)	1839
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grü- nen)	1842
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	1846
Abg. Frau Steiner (FDP)	1851
Abg. Leidreiter (ALFA)	1853
Abg. Tassis (AfD)	1854
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grü- nen)	1854
Abg. Rupp (DIE LINKE)	1855
Abg. Röwekamp (CDU)	1856
Abg. Tschöpe (SPD)	1857
Bürgermeister Dr. Sieling	1858
Abg. Röwekamp (CDU)	1861
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	1862
Bürgermeister Dr. Sieling	1863
Abstimmung	1864

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Bernhard, Frau Wendland.

Präsident Weber**Vizepräsidentin Dogan****Schriftführerin Ahrens****Vizepräsident Imhoff****Schriftführer Dr. Buhler****Schriftführerin Bösch**

Bürgermeister **Dr. Sieling** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften
und für Kultur

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres **Mäurer** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung **Günthner** (SPD)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Fries** (Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport)

Staatsrätin **Friderich** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrätin **Emigholz** (Senator für Kultur)

Staatsrätin **Hiller** (Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und Europa)

Staatsrat **Meyer** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Siering** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Professor Stauch** (Senator für Justiz und Verfassung)

Präsidentin des Rechnungshofs **Sokol**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 25. (außerordentliche) Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

(Beifall)

Am 16. Juni 2016 haben die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Abgeordnete Jan Timke, BIW, gemäß Artikel 88 Absatz 2 der Bremischen Landesverfassung in Verbindung mit Paragraf 16 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung beantragt. Der Vorstand der Bürgerschaft hat daraufhin am 16. Juni 2016 die außerordentliche Sitzung für den heutigen Tag einberufen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 9 Uhr, entnehmen können. – Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich nun um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B) Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich der Abgeordneten Frau Sprehe zu ihrem Geburtstag die Glückwünsche des Hauses aussprechen.

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Misstrauensantrag gegen die Senatorin für Finanzen

Antrag der Fraktion der CDU und des Abgeordneten Jan Timke (BIW)

**vom 16. Juni 2016
(Drucksache 19/653)**

Dazu als Vertreter der Senats Herr Bürgermeister Dr. Sieling.

Der am 16. Juni 2016 eingegangene Misstrauensantrag ist von allen Abgeordneten der Fraktion der CDU und dem Abgeordneten Jan Timke (BIW), unterzeichnet und allen Abgeordneten und dem Senat am gleichen Tag mitgeteilt worden. Er hat insofern die in Artikel 110 Absatz 2 der Landesverfassung aufgeführ-

ten Erfordernisse für einen Antrag erfüllt, einem Mitglied des Senats das Vertrauen zu entziehen.

(C)

Die Beratung ist eröffnet. Ich gebe die prozessualen Dinge bekannt: Es gibt verlängerte Redezeit für den jeweils ersten Redner je Fraktion bis zu 30 Minuten. Die Reihenfolge der Redner ist: CDU, Abgeordneter Timke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Gruppe ALFA.

Als erstem Redner gebe ich das Wort dem Abgeordneten Röwekamp.

Abg. Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat die heutige Sondersitzung beantragt, um die Vertrauensfrage zu stellen, die Frage, ob Bremens Finanzsenatorin Karoline Linert bei den vor uns liegenden großen Herausforderungen, bei den Verhandlungen um die Konsolidierung unseres Haushalts mit dem Stabilitätsrat einerseits und bei der Sicherung des Einflusses Bremens auf die Bremer Landesbank andererseits, noch das Vertrauen des Parlaments genießt. Die Dringlichkeit ergibt sich aus den weiteren zeitlichen Abläufen. Der Stabilitätsrat erwartet, dass Bremen bis zum 30. Juli seine Konsolidierungsbemühungen konkretisiert und dem Stabilitätsrat vorlegt. Die Verhandlungen über die Zukunft der Bremer Landesbank müssen bis zum Jahresende abgeschlossen sein, um die Zukunft dieser Bank zu sichern.

(D)

Ich weiß, dass es eine Zumutung für den einen oder anderen gewesen ist, heute, in den Ferien, zur Bürgerschaftssitzung zu kommen. Deshalb möchte ich mich für die CDU-Fraktion gleich zu Beginn beim Vorstand – insbesondere bei Ihnen, Herr Präsident, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen Fraktionsvorsitzenden und den Abgeordneten, die angereist sind – sehr herzlich bedanken, dass wir hier heute vollzählig zu dieser zentralen Frage debattieren und abstimmen können. Ganz herzlichen Dank dafür!

(Beifall CDU)

Anlass für die Vertrauensfrage ist aus der Sicht der CDU-Fraktion, dass es in den letzten Tagen und Wochen eine Vielzahl von Fehlern gegeben hat. Ich denke, mit dem Wissen von heute kann man sagen, es war ein Fehler, dass wir in Bremen der Umwandlung unserer stillen Einlage in haftendes Eigenkapital bei der Bremer Landesbank zugestimmt haben. Ich sage gleich vorweg: Die CDU ist diesem Fehler auch erlegen – wir haben zugestimmt.

Ich habe, Frau Senatorin, noch einmal angeschaut, was wir vor vier Jahren, als es um die Umwandlung der stillen Einlage hier im Parlament ging, miteinander debattiert haben, und ich zitiere aus zwei Wortbeiträgen von Ihnen anlässlich der Debatte am 7. Juni 2012:

(A) „Ja, am Ende möchte ich sagen: Ja, es gibt nichts ohne Risiko in dem Bereich. Aber die mittelfristige Planung der Bremer Landesbank kenne ich, und es gibt auch Rückstellungen für schlechte Zeiten. Diese mittelfristige Planung sieht so aus, dass wir uns in den nächsten Jahren keine Sorgen machen müssen.“

Frau Senatorin, ich glaube, man kann heute sagen: Diese Einschätzung von Ihnen damals war falsch. Wir müssen uns große Sorgen um die Zukunft der Bremer Landesbank machen.

(Beifall CDU)

Sie haben damals gesagt, es gebe Chancen und Risiken: Chancen auf verbesserte Mitgestaltung, Stärkung der Landesbank am Standort Bremen, Gewinne und Teilhabe an einer Wertsteigerung des Unternehmens; Risiken, die vor allem in einer nicht befriedigenden Ertragslage liegen, die dann zu einem Ausschüttungsverbot durch die Bankenaufsicht führen könnte. Dann sagen Sie: „Deshalb ist es für Bremen, Senat und Parlament besonders wichtig, Probleme frühzeitig zu erkennen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, mit dem Wissen von heute kann man sagen: Frau Senatorin, Sie haben die Probleme dieser Bank eben gerade nicht frühzeitig erkannt, und Sie haben auch das Parlament nicht frühzeitig über diese Probleme unterrichtet.

(B)

(Beifall CDU)

Mit dem Wissen von heute kann man sagen: Der zweite Fehler liegt darin, dass das immense Schiffsfahrtsrisikoportfolio bei der Bremer Landesbank, das ja das Vierfache des haftenden Eigenkapitals ausmacht, zunächst aufgebaut und dann allerdings auch in den Folgejahren nicht abgeschmolzen worden ist. Ja, es hat kein wesentliches Neugeschäft gegeben, aber das Bestandsgeschäft wurde prolongiert, und es wurden zusätzliche Risiken teilweise durch Übernahme weiterer Konsortialanteile übernommen. Mit dem Wissen von heute muss man sagen: Es war ein Fehler, dass dieses Schiffsfahrtsrisikoportfolio nicht seit 2008 nachdrücklich zurückgeführt worden ist. Wäre das erfolgt, hätten wir heute nicht eine so existenziell bedrohliche Situation für die Bremer Landesbank.

Der dritte Fehler liegt darin, dass weder die Bank noch die Finanzsenatorin Maßnahmen ergriffen haben, als absehbar war, dass die Europäische Zentralbank zusätzliche Anforderungen an die Wertberichtigung bei der Bremer Landesbank stellen wird. Mit drastischem Absinken der Charraten im zweiten Halbjahr 2015, nicht zuletzt aber durch Ankündigungen der EZB vom Dezember 2015 war klar, dass Handlungsbedarf besteht. Statt aber diesen Handlungsbedarf aktiv anzunehmen und gestalterisch mit den weiteren Gewährträgern in Verhandlungen darüber einzutreten, wie man diese Krise bewältigen kann, wurde abgewar-

tet, bis die bezifferte Anforderung der Europäischen Zentralbank für die zusätzliche Wertberichtigung in Höhe von immerhin 700 Millionen Euro im März 2016 eingetroffen ist. Es war ein Fehler, auf diese absehbare und zumindest dem Grunde nach kalkulierbare Reaktion der Europäischen Zentralbank nicht gut vorbereitet gewesen zu sein.

Es war ein Fehler, dass seit der Bezifferung durch die Europäische Zentralbank am 29. März 2016 bis zur Ad-hoc-Meldung am 2. Juni 2016 über die drohenden Verluste und Notwendigkeiten der Wertberichtigungen keine Einigung zwischen den Gesellschaftern der Bremer Landesbank getroffen worden ist. Die Krise war zu diesem Zeitpunkt greifbar; sie war aber auch noch lösbar. Schlimm ist am Ende nicht gewesen, dass die Bremer Landesbank am 2. Juni eine Gewinnwarnung herausgeben musste; schlimm ist, dass diese Gewinnwarnung der Bank keine Perspektive bot. Es heißt lapidar im letzten Satz, um die Lösung dieser Probleme werde gerade verhandelt.

Die Botschaft an die Banken- und Finanzwelt war: Die Landesbank hat ein Problem, das sie nicht in den Griff bekommt. Das hat dazu geführt, dass die staatliche Aufsichtsbehörde BaFin natürlich alarmiert war und innerhalb weniger Stunden unter Druck eine Lösung gefunden werden musste, die am Ende für Bremen einen großen Schaden bedeutet. Durch rechtzeitiges Handeln, Frau Senatorin, hätte das verhindert werden können.

(Beifall CDU)

Ich halte es für einen Fehler, Frau Senatorin, dass Sie das Parlament nicht in diese Situation eingebunden und es nicht informiert haben. Die Bremer Landesbank und die Anteile an der Bremer Landesbank gehören nicht dem Senat und auch nicht der Finanzsenatorin, sondern sie sind eine öffentliche Beteiligung, die der besonderen Kontrolle auch dieses Hauses unterliegt. Wenn eine solche Beteiligung in diesem Umfang gefährdet ist, dann wäre es notwendig und erforderlich gewesen, eine gemeinsame Lösung mit dem Parlament in dieser Frage zu finden. Es wäre allemal erforderlich gewesen, das Parlament über diesen Umstand seit Dezember 2015 zu unterrichten. Diesen Fehler haben Sie persönlich begangen, Frau Senatorin.

(Beifall CDU)

Wenn Sie dann zu Ihrer Entschuldigung sagen, Sie hätten das aktienrechtlich nicht gedurft, dann frage ich mich: Warum durfte dann eigentlich der Vorstandsvorsitzende der Bremer Landesbank am 20. Mai bei Wege lang, sage ich einmal, zufällig im Haushalts- und Finanzausschuss dieses Risiko offenlegen? Warum durften Sie dann plötzlich am 26. Mai die Fraktionsvorsitzenden der Bremer Bürgerschaft über dieses drohende Risiko informieren?

(C)

(D)

(A) Nein, der Hinweis auf das Aktienrecht ist eine Ausrede. Er ist keine Begründung dafür, dass Sie das Parlament nicht frühzeitig unterrichtet haben. Ansonsten hätten Sie nach Ihren eigenen Maßstäben gemeinsam mit Herrn Kaulvers ja spätestens Ende Mai gegen das Aktienrecht verstoßen. Das habe ich aus Ihrem Munde nicht gehört. Sie haben uns vor der Ad-hoc-Meldung informiert, aber nur wenige Tage vorher, sodass das Parlament in die weiteren Entscheidungsprozesse gar nicht mehr eingebunden war.

Ich halte es für einen Fehler, dass Sie die Option der Kapitalerhöhung so frühzeitig aufgegeben haben. Wir sind Minderheitsgesellschafter dieser Bank; wir haben in dieser Bank nicht viel zu sagen. Schon gar nicht haben wir eine ausgesprochen gute Verhandlungsposition. Wir sind, was die Zukunft dieser Bank betrifft, darauf angewiesen, mit dem Mehrheitsgesellschafter eine gütliche, einvernehmliche und – ich füge hinzu – geräuschlose Lösung für die Bremer Landesbank zu finden.

Sie haben diese Option der Kapitalerhöhung von Anfang an für Bremen nicht verhandelt, deshalb sage ich Ihnen ganz ehrlich: Der Haushalt, der Stabilitätsrat und der Konsolidierungskurs stehen dieser Auffassung nicht entgegen. Diese Mehrheit im Parlament hat beispielsweise beschlossen, die Netze mit einer Beteiligung von 200 Millionen Euro zu rekommunalisieren. Für diese Beteiligung war das Geld da; für diese Beteiligung gab es keine beihilferechtlichen Bedenken; für diese Beteiligung haben der Senat und die Bürgerschaft einen Kredit aufgenommen. Da frage ich: Was hat eigentlich die Netzgesellschaft, was die Landesbank nicht hat? Sind Ihnen die Arbeitsplätze bei der Bremer Landesbank weniger wert als die einer Netzgesellschaft? – Nein, es hätte sorgfältig geprüft werden müssen, ob es rechtlich, wirtschaftlich und vor allem fiskalisch sinnvoll ist, bei der Kapitalerhöhung mitzugehen, anstatt den Bremer Anteil an der Bremer Landesbank nutzlos zu verspielen.

(B)

(Beifall CDU)

Zu diesem Fehler in Bezug auf die Verhandlungen um die Zukunft der Bremer Landesbank treten aus meiner Sicht zwei weitere entscheidende Fehler hinzu, die Bremen schwer geschadet haben. Nachdem der Stabilitätsrat bereits in den Jahren 2014 und 2015 Bremen zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung aufgefordert und dies sogar in seinen Berichten dokumentiert hat – ich zitiere –:

„Am 5. Dezember 2013 hatte der Stabilitätsrat an Bremen die Aufforderung gerichtet, seinen Konsolidierungskurs zu verstärken und über die hierzu ergriffenen Maßnahmen zu berichten. Im Dezember 2014 hat er das Land angesichts der unverändert notwendigen Verstärkung seines Konsolidierungskurses dazu aufgefordert, der Haushaltskonsolidierung höchste Priorität einzuräumen und mit der Aktualisierung des Sanierungsprogramms im Herbst 2015 die entspre-

chenden Schritte und deren Auswirkung auf die geplanten Einnahmen und Ausgaben nachvollziehbar darzulegen. Der (ergänzte) Sanierungsbericht zeigt auf, dass Bremen zusätzliche Maßnahmen ergriffen hat, um seinen Konsolidierungskurs zu verstärken. Insgesamt wurden die Bremer Sanierungsbemühungen allerdings bislang stark durch externe Faktoren wie hohe Steuereinnahmen, niedrige Zinssätze und die Entlastung der Länder und Kommunen durch den Bund unterstützt.“

2013 sind Sie gewarnt worden, 2014 sind Sie gewarnt worden und 2015 sind Sie noch einmal gewarnt worden. Sie haben alle Warnungen, Frau Senatorin, fruchtlos verstreichen lassen, deshalb hat der Stabilitätsrat im Juni 2016 Bremen einen blauen Brief mit Fristsetzung geschickt. Das ist etwas, das Sie persönlich zu verantworten haben!

(Beifall CDU)

Ich habe ja gehört oder gelesen, dass Sie gesagt haben, es gebe gar keinen blauen Brief. Ich habe den Brief, den Ihnen Herr Dr. Norbert Walter-Borjans und Herr Dr. Wolfgang Schäuble am 8. Juni 2016 geschrieben haben. Der Präsident des Senats hat ihn auch. Ich gebe zu, er ist nicht auf blauem Papier geschrieben. Sie haben vielleicht formal recht, das ist kein blauer Brief. Wenn man aber den Inhalt liest – ich zitiere –:

„Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Senatorin! Der Stabilitätsrat hat beschlossen, Bremen zur verstärkten Haushaltssanierung gemäß Paragraph 5 Absatz 3 Stabilitätsratsgesetz und zum Ergreifen zusätzlicher Maßnahmen gemäß Paragraph 4 Absatz 2 der Sanierungsvereinbarung aufzufordern. Der entsprechende Beschluss des Stabilitätsrats ist als Anlage beigelegt.“

Wenn man sieht, was in Paragraph 5 Absatz 3 des Stabilitätsratsgesetzes steht, so heißt es dort:

„Legt . . . das Land ungeeignete oder unzureichende Vorschläge für Sanierungsmaßnahmen vor oder setzt . . . es die vereinbarten Maßnahmen nur unzureichend um, beschließt der Stabilitätsrat eine Aufforderung zur verstärkten Haushaltssanierung.“

Meine Damen und Herren, dieser Brief sagt, dass Sie die Verantwortung dafür haben, dass Bremen ungeeignete oder unzureichende Vorschläge für Sanierungsmaßnahmen vorgelegt hat oder die vereinbarten Maßnahmen nur unzureichend umsetzt. Das ist ein blauer Brief! Das ist der letzte Warnschuss, und wer darauf nur unzureichend reagiert oder bestreitet, dass es diesen Warnschuss gibt, der hat das Vertrauen dieses Parlaments nicht weiter verdient!

(Beifall CDU, FDP, ALFA)

Nun kann man die Frage stellen: Sind Sie für all diese Fehler eigentlich verantwortlich? – Sie waren an all diesen Fehlern zumindest beteiligt. In Ihrer Eigen-

(C)

(D)

(A) schaft als Vorsitzende des Aufsichtsrats, als Vertreterin in der Trägerversammlung sowie in Ihrer Eigenschaft als Finanzsenatorin und Mitglied des Stabilitätsrats haben Sie an diesen Fehlern sogar federführend für Bremen mitgewirkt. Es geht, Frau Senatorin, nicht um Schuld, sondern um die Frage, ob Sie die Verantwortung für diese Fehler übernehmen. Schuld ist etwas, das Sie sich persönlich vorwerfen lassen müssten. Verantwortung ist etwas, das Ihnen das Parlament mit der Wahl in den Senat geschenkt hat, und dieses Vertrauen, diese Kompetenz und diese Zuständigkeit und Verantwortung, sehr geehrte Frau Senatorin, haben Sie aus Sicht der CDU-Fraktion bitter enttäuscht.

(Beifall CDU, ALFA)

Hinzu kommt, dass Sie die Fehler, die ich eben beschrieben habe, in den Parlamentsdebatten der letzten Wochen nicht einmal eingeräumt haben. Niemand ist vor Fehlern gefeit:

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Sie auch nicht!)

die Grünen-Fraktion nicht, die SPD-Fraktion nicht, die CDU-Fraktion nicht, Frau Linnert nicht, Herr Tschöpe nicht, Frau Dr. Schaefer nicht, ich nicht, DIE LINKE auch nicht, obwohl Sie ja manchmal etwas anderes behaupten. Jeder macht mal einen Fehler, aber das Entscheidende ist doch, dass man den Fehler selbst erkennt, um daraus für die Zukunft zu vermeiden, ihn zu wiederholen, oder um ihn sogar idealerweise wieder auszumerzen. Aber Sie haben die Fehler nicht einmal erkannt, Frau Senatorin, und deshalb trauen wir Ihnen auch nicht zu, dass Sie für Bremen diese Fehler wieder ausbügeln können.

(B)

(Beifall CDU, ALFA)

Wenn es keine Fehler gegeben hätte, dann frage ich: Warum schickt eigentlich der Stabilitätsrat einen Brief diesen Inhalts? Wenn es keine Fehler gegeben hat, wie Sie behaupten: Warum werden wir unsere Anteile an der Bremer Landesbank, zu welchem Preis auch immer, dann abtreten müssen und unseren Einfluss auf diese Bank verlieren? – Allein die Ergebnisse dieser beiden Sachverhalte zeigen: Es muss Fehler gegeben haben, und diese Fehler stammen aus Ihrem Verantwortungsbereich, sehr geehrte Frau Senatorin.

(Beifall CDU, ALFA)

Diese Fehler haben für Bremen auch einen großen Schaden angerichtet: Wir verlieren unsere Beteiligungen an der Bremer Landesbank. Was an diesen Beteiligungen noch zu retten ist, wird den Verhandlungen der nächsten Wochen und Monate geschuldet sein. Die Beteiligungen an der GEWOBA, der BLG

und der Brebau sind zumindest gefährdet; es besteht abstrakt die Gefahr, dass sie auch an die NORD/LB fallen, es sei denn, wir kaufen sie, zu welchem Preis auch immer, zurück, um unseren Einfluss auf diese für Bremen wichtigen Gesellschaften zu behalten. Wir haben eine schlechte Verhandlungsposition mit Niedersachsen, insbesondere auch deshalb, weil man als Minderheitsgesellschafter einer Bank – und schon gar nicht dem Mehrheitsgesellschafter – nicht öffentlich Maßnahmen wie Erpressung vorwirft. Wer die Stimmung vergiftet, darf sich hinterher über schlechtes Klima nicht beklagen, Frau Senatorin.

(C)

(Beifall CDU)

Wir wissen bis heute nicht, wie das Parlament an den weiteren Verhandlungen und Beratungen beteiligt werden soll. Sie wollen doch nicht allen Ernstes im Dezember ins Parlament kommen und sagen: Ich habe eine Lösung verhandelt. Entweder ihr akzeptiert die oder die Bank steht alternativ unter staatlicher Aufsicht. – Nein, wir wollen als Parlament aus dem Fehler lernen, dass Sie uns nicht beteiligt haben. Wir wollen mitreden, wenn es um diese Beteiligungen geht. Dazu haben Sie bis heute noch keinen geeigneten Vorschlag gemacht. Wir als Bremer CDU haben ein Interesse an dieser Bank. Wir wollen, dass diese Bank mit ihren Arbeitsplätzen und Kompetenzen am Standort Bremen bestehen bleibt und auch die Mitarbeiter weiter ihre Arbeit in Bremen haben. Daran werden wir als CDU-Fraktion mitwirken. Dieses Angebot machen wir der Finanzsenatorin, und wir hoffen, dass es dieses Mal auch angenommen wird.

(D)

(Beifall CDU)

Die Frage ist also: Haben Sie für das, was vor uns liegt, noch das ausreichende Vertrauen? Es geht also nicht darum, ob wir Ihnen die Schuld für die Fehler der letzten Wochen und Monate geben, sondern die Frage ist einfach: Trauen wir als Parlament Ihnen zu, den Karren wieder aus dem Dreck zu fahren? Trauen wir Ihnen zu, gegenüber dem Stabilitätsrat das Vertrauen zurückzugewinnen, den Schaden, den Bremens Ansehen durch diese unprofessionellen Verhandlungen genommen hat, wieder auszumerzen? Trauen wir Ihnen zu, die Bremer Landesbank im Interesse unseres Wirtschaftsstandorts für Bremen zu retten? – Darauf ist die Antwort der CDU-Fraktion klar: Nein, Frau Senatorin, wir trauen Ihnen diese vor Ihnen liegende Verantwortung wegen der Fehler der Vergangenheit nicht mehr zu.

(Beifall CDU)

Nun ist der Vorwurf erhoben worden, die CDU würde Parteipolitik betreiben.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Zu Recht!)

- (A) Ja, Frau Schaefer, es geht uns auch um eine andere Politik für Bremen. Diese Fehler haben gezeigt, dass Bremen zurzeit nicht gut regiert wird. Was in den letzten Wochen und Monaten passiert ist, darf sich nicht wiederholen. Wir brauchen eine andere Politik für Bremen, so wie sie unser neugewählter Bürgermeister Dr. Carsten Sieling den Menschen am Wahlabend und am Abend seiner Wahl versprochen hat. Er hat gesagt: Wir wollen eine Aufbruchsstimmung erzeugen, wir wollen wachsende Stadt werden. – Was ist aus diesen Versprechen eigentlich geworden? Das Einzige, das im letzten Jahr gewachsen ist, sind Schulden, Armut, Kinderarmut und Kriminalität, aber gewachsen sind weder das Ansehen unserer Stadt noch die Wirtschaft noch die Zahl der Arbeitsplätze!
- (Beifall CDU – Widerspruch SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Worum kümmern sich eigentlich der Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen in dieser existenziellen Frage? – Er kümmert sich um Cannabis-Freigabe, Freiluftpartys und die Urne auf dem Kaminsims, meine Damen und Herren! Das sind doch nicht die wirklichen Bremer Probleme!
- (Anhaltender Beifall CDU – Widerspruch SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- (B) Was wir jetzt brauchen, ist ein Pakt für Bremen, ein Alle-Mann-Manöver, bei wir parteiübergreifend und mit den gesellschaftlich relevanten Gruppen einen Plan entwickeln, wie Bremen das Vertrauen des Bundes und der anderen Länder bei der eigenen Anstrengung zur Sanierung wiederherstellen kann.
- (Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Parteiübergreifend! Das merke ich gerade!)
- Wir brauchen einen Sanierungsplan für Bremen statt dauernd blauer Briefe und Warnungen aus dem Stabilitätsrat! Wir müssen den Mut haben, zu sagen, dass wir unser Land auch aus eigener Kraft mit retten wollen und unser Schicksal nicht nur in die Hand anderer legen!
- (Beifall CDU)
- Wir brauchen Wachstum an Einwohnern. Wir brauchen Wachstum an Beschäftigung, und wir brauchen notwendige Flächen, um als Stadt wachsen zu können, und dabei brauchen wir keine Grünen, die auf die Bremse treten.
- (Beifall CDU)
- Wir brauchen die Integration der Geflüchteten, und dazu ist es in Anbetracht der Ressourcen zwingend
- erforderlich, dass wir uns auf diejenigen konzentrieren, die eine Bleibeperspektive haben. Deshalb muss auch Bremen, das bisher als einziges Bundesland keine Rückführung von Asylbewerbern und Flüchtlingen vornimmt, seinen Kurs ändern. Wir müssen uns auf die konzentrieren, die hierbleiben. Wir brauchen auch in der Ausländerpolitik einen Kurswechsel für Bremen.
- (Beifall CDU)
- Frau Dr. Schaefer hat in der Parlamentsdebatte über den Haushalt und die Bremer Landesbank gesagt, es gelte das Motto: Erst die Menschen, dann die Partei!
- (Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja! Erst die Menschen, dann das Land, dann die Partei!)
- Ich füge hinzu, liebe Frau Dr. Schaefer, der Satz geht noch weiter. Er lautet: Erst die Menschen, dann die Partei und ganz am Schluss die Person!
- (Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist nicht richtig zitiert!)
- Sehr geehrte Frau Senatorin Linnert, Sie hätten den Menschen in diesem Land, der Koalition und Ihrer eigenen Partei einen großen Gefallen getan, wenn Sie die Verantwortung für die Fehler dieser letzten Wochen und Monate übernommen hätten. Das wäre kein Urteil über Ihre politische Leistung gewesen. Es wäre auch nicht um Schuld gegangen; aber es wäre das Eingeständnis gewesen, dass Sie im Moment in Anbetracht der Herausforderungen und der Geschehnisse der letzten Wochen und Monate nicht die Idealbesetzung als Bremer Finanzsenatorin sind. Es ist schade, dass Sie diese Chance verpasst haben. Frau Linnert, Sie sind Ihrer Verantwortung gegenüber dem Land damit nicht gerecht geworden. Sie haben der Koalition nicht geholfen. Es wäre viel einfacher gewesen, eine Nachfolge zu wählen, die einen Aufbruch in diesen beiden für Bremen entscheidenden existenziellen Feldern hätte vornehmen können. Sie haben Ihrer eigenen Partei keinen Gefallen getan, der das Führungspersonal auch in Bremen offensichtlich serienweise davonläuft.
- (Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: „Serienweise davonläuft“? Das ist der größte Quatsch aller Zeiten, Herr Röwekamp!)
- Die Grünen sind in einem desolaten Zustand, und dadurch, dass Sie jetzt die Senatorin in ihrem Amt bestätigen wollen, wird es auch für die Grünen nicht leichter. Warum tun Sie das alles? Sie tun es nicht aus Interesse für die Menschen in diesem Land. Sie tun es nicht im Interesse der Regierungsfähigkeit unseres Landes, und Sie tun es nicht für Ihre eigene Partei. Sie tun es nur im Interesse von Frau Linnert, und
- (C)
- (D)

(A) das, meine Damen und Herren, dürfen wir nicht zulassen!

(Beifall CDU – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sprechen heute aus Interesse für Ihr Amt, oder was?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie gleich an die Wahlurnen gehen, dann stimmen Sie noch nicht über Neuwahlen ab. Sie stimmen nicht über eine neue Koalition ab. Sie treffen allein für sich die Entscheidung, ob Sie der Senatorin Linnert zutrauen, unser Land in zwei thematisch existenziellen Feldern sicher durch stürmische See zu leiten. Sie werden persönlich entscheiden, ob es so weitergehen soll wie in den letzten Wochen und Monaten und seit Beginn dieser Legislaturperiode. Oder Sie entscheiden, ob es zu dem kommt, was die Menschen erwarten und der Bürgermeister Ihnen versprochen hat: zu Aufbruch, zu Wachstum, zu einer Absage an das „Weiter-so“.

Für die weiteren Verhandlungen brauchen Sie, Frau Senatorin, das Vertrauen dieses Parlaments. Um nicht mehr, aber auch nicht weniger geht es gleich bei der Abstimmung. Die CDU-Fraktion wird Ihnen dieses Vertrauen nicht aussprechen, und ich habe die Hoffnung und Erwartung, dass mit der Abstimmung der Neustart für Bremen wirklich möglich ist. – Vielen Dank!

(B) (Anhaltender Beifall CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Timke.

Abg. Timke (BIW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Leider stehen mir als Einzelabgeordnetem nur fünf Minuten Redezeit zur Verfügung. Deshalb werde ich mich bei der Begründung relativ kurz fassen müssen, warum wir Bürger in Wut heute gemeinsam mit der CDU einen Misstrauensantrag gegen die Finanzsenatorin in die Bürgerschaft eingebracht haben.

Die Bremer Landesbank befindet sich in einer schweren Krise. Die Europäische Zentralbank hat das Institut im März aufgefordert, das Portfolio der Schiffskredite in Höhe von 700 Millionen Euro wertzubereichtigen. Die Bremer Landesbank hat zurzeit Schiffskredite in einem Umfang von 6,5 Milliarden Euro vergeben. Etwa 50 Prozent dieser Kredite entfallen dabei auf Reedereien, die entweder ihrer Tilgung oder Zinszahlung nicht nachkommen, weil die Frachtraten aufgrund eines Überangebots an Tonnage zu niedrig sind.

Auch wenn das Schiffskreditgeschäft ein Kerngeschäft der Landesbank darstellt, so muss man doch feststellen, dass sich die Landesbank in diesem Bereich deutlich verzockt hat. Mit dem „Prinzip Hoffnung“ hat der Bankvorstand versucht, die seit 2008 andauernde Negativentwicklung im Bereich der Schiffstransporte zu überstehen. Nach dem Motto „irgendwann

muss es ja mal besser werden“ hat man zu viele Schiffskredite zu lange in den Büchern belassen und damit fahrlässig die Handlungsfähigkeit einer ganzen Landesbank aufs Spiel gesetzt.

Nun stehen wir alle vor einem Scherbenhaufen. Ein dreistelliger Millionenbetrag wurde in den Sand gesetzt, Arbeitsplätze sind bedroht, und die Übernahme der BLB durch die NORD/LB scheint nicht mehr abwendbar zu sein. Für die bedrohliche Schieflage gibt es Schuldige und Verantwortliche. Natürlich kann man dem Bankvorstand keine Schuld daran geben, dass die Weltwirtschaftslage in den letzten acht Jahren die Schiffsverkehre derart unter Druck gesetzt hat, wie es derzeit eben noch ist. Aber der Bankvorstand trägt sehr wohl die Verantwortung dafür, dass man zu lange gewartet und sich nicht frühzeitiger und vor allem konsequenter von diesen hoch risikobehafteten Krediten getrennt hat. Sich nur darauf zu verlassen, dass sich die Weltwirtschaft irgendwann wieder erholen wird, reicht eben nicht aus.

Natürlich trägt die Finanzsenatorin und Aufsichtsratsvorsitzende der BLB Karoline Linnert keine Schuld daran, dass der Bankvorstand in den Jahren 2003 bis 2006 zu viele Schiffsfinauzierungen abgeschlossen hat und damit die heutige Schieflage der Bank erst ermöglichte. Frau Senatorin Linnert trägt aber die Verantwortung dafür, dass der Aufsichtsrat zwischen 2008 und 2016 nach dem Prinzip „Augen zu und durch!“ seine Kontrollfunktion im Bereich der hoch risikobehafteten Schiffskredite nicht ausgeübt und kritisch hinterfragt hat, warum man trotz jahrelanger Krise weiterhin an diesen Krediten festhalten will.

Gemäß der Satzung der Bremer Landesbank hat der Aufsichtsrat den Vorstand zu beraten und seine Geschäftsführung zu überwachen. Er erörtert mit dem Vorstand die Geschäfts- und Risikostrategie der Bank. Angesichts der schweren Krise, in der sich die BLB derzeit befindet, muss man sich wirklich fragen, ob Frau Senatorin Linnert diese Aufgabe tatsächlich auch bewusst wahrgenommen hat.

Dabei hätte die Aufsichtsratsvorsitzende bereits 2008 hellhörig werden müssen, als im Geschäftsbericht der BLB unter anderem vermerkt wurde – ich zitiere –: „Aufgrund der Finanzmarktkrise und reduzierter Handelsströme sind die Charrerraten im zweiten Halbjahr in einzelnen Schiffssegmenten deutlich gesunken.“ Frau Linnert hätte darüber hinaus hellhörig werden müssen, als sich der Vorstandsvorsitzende der Bremer Landesbank vier Jahre später wie folgt öffentlich äußerte: „Die Charrerraten sind immer noch sehr niedrig, die Schiffswerte sind am Boden.“ Aber auch diese deutliche Warnung hat die Bürgermeisterin nicht dazu bewogen, die Interessen des Landes Bremen zu vertreten und kritisch im Aufsichtsrat zu hinterfragen, ob es denn angesichts der jahrelangen Negativentwicklung in der Schiffsfracht weiterhin sinnvoll ist, genehmigte Schiffskredite in Höhe von insgesamt 6,5 Milliarden Euro zu belassen.

(C)

(D)

(A) Ein Teil des Parlaments, Frau Senatorin Linnert – vielleicht wird es heute auch die Mehrheit sein; das werden wir nachher in der Abstimmung sehen – fühlt sich von Ihnen nicht mehr gut im Senat und im Aufsichtsrat der BLB vertreten, denn Sie haben in Ihrer Funktion als Aufsichtsratsvorsitzende versagt. Sie haben Ihre Kontrollfunktion im Aufsichtsrat der Bremer Landesbank nicht ausreichend wahrgenommen und damit billigend in Kauf genommen, dass die Landesbank durch eine Schiefelage dem Ansehen unseres Bundeslands und dem Steuerzahler schweren Schaden zugefügt hat. Durch die Krise der BLB ist ein Teil der 1 000 Arbeitsplätze in Bremen und Oldenburg bedroht, und nicht nur das: Auch die Beteiligung der BLB an anderen bremischen Unternehmen ist durch die Schiefelage gefährdet. Auch dafür tragen Sie als Aufsichtsratsvorsitzende eine Mitverantwortung.

Einfach nur zu sagen, hinterher sei man ja schlauer, oder in dieser Situation zwanghaft nach Schuldigen zu suchen, hilft auch nicht weiter. So wie Sie zumindest in den letzten Tagen in den Medien zitiert werden, reicht angesichts der immensen finanziellen Schiefelage der Bank eben nicht aus. Deshalb brauchen wir einen personellen Neuanfang; einen Neuanfang an der Spitze des Finanzressorts, einen Neuanfang an der Spitze des Aufsichtsrats und vor allem einen personellen Neuanfang bei den anstehenden Verhandlungen mit der NORD/LB. Ich kann Sie daher nur noch einmal und letztmalig auffordern, dass Sie einer Abstimmung über Ihren Verbleib als Senatorin und Aufsichtsratsvorsitzende doch noch durch einen Rücktritt zuvorkommen und den Weg für einen Neuanfang freimachen. Zerschlagen Sie nicht noch mehr Porzellan und schaden damit dem Ansehen Bremens, indem Sie sich an Ihren Schreibtischstuhl klammern und erst durch eine Abstimmung hier aus Ihrem Büro getragen werden müssen! Erklären Sie daher noch vor der Abstimmung Ihren Rücktritt! Noch ist Zeit dafür. Das wäre das Beste für die BLB, für das Bundesland Bremen und für den Steuerzahler. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall CDU, ALFA)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. Tschöpe (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bremen ist eines von vier Bundesländern in der Bundesrepublik, das ein sogenanntes destruktives Misstrauensvotum kennt. Destruktive Misstrauensvoten sind Misstrauensvoten, die einen einzelnen Minister abwählen können. Konstruktive Misstrauensvoten in allen anderen Bundesländern und im Bund sind darauf gerichtet, eine Alternative gegen die bestehende Regierung zu schmieden, sie darzustellen, für sie zu werben und sie auch durchzusetzen. Ziel ist es, eine neue parlamentarische Mehrheit zu erreichen, ohne Neuwahlen durchzuführen. Die bekanntesten Beispiele in der Geschichte der Bundes-

republik waren die Misstrauensvoten gegen Helmut Schmidt und Willy Brandt.

(C)

Destruktive Misstrauensvoten hingegen benötigen keine Sammlung für eine neue Mehrheit. Sie benötigen keine Sammlung für eine neue Politik, für neue Inhalte. Sie benötigen für ihren Erfolg ausschließlich eine möglichst breite Negativkoalition aus allen oppositionellen Kräften und die Hoffnung darauf, dass vielleicht irgendjemand aus der Regierungskoalition mitmacht. Aber allein schon das Schmieden dieser Negativkoalition war ja, wenn ich das richtig beobachtet habe, von erheblichen Schwierigkeiten begleitet.

(Abg. Bensch [CDU]: Und das ist das Thema, oder was?)

Wir reden über das Misstrauensvotum, Herr Kollege Bensch. Sie können ja gleich noch nach vorn kommen. Oder haben Sie eine Zwischenfrage? Ich wäre bereit, Ihnen die Möglichkeit zu geben.

(Zuruf Abg. Bensch [CDU])

Dann mache ich weiter!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Nach meinem Kenntnisstand ist es so gewesen, dass die anderen Oppositionsfraktionen Schwierigkeiten hatten, ihr Abstimmungsverhalten zu diesem Misstrauensvotum festzulegen. Woran lag dies? Lag es vielleicht daran, dass alle hier in diesem Haus wissen, dass die persönlichen Vorwürfe, die gegen Karoline Linnert erhoben wurden, konstruiert und fadenscheinig waren?

(D)

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Lag es vielleicht auch daran, dass alle hier im Haus wissen, dass ein verantwortlicher Umgang mit der Zukunft der BLB und deren Arbeitsplätzen eigentlich gebietet, dass wir einen gemeinsamen und geschlossenen Auftritt nach außen dokumentieren? Lag es vielleicht auch daran, dass keiner hier im Haus versteht, warum die CDU noch in der letzten Woche den parlamentarischen Dreiklang – erst Aktuelle Stunde, dann parlamentarischer Untersuchungsausschuss, dann gegebenenfalls personelle Konsequenzen – forderte und heute überhaupt keinen Aufklärungsbedarf mehr sieht und nur noch personelle Konsequenzen fordert?

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass viele bei der LINKEN und der FDP einfach Skrupel hatten und auch noch haben, sich diesem rein destruktiven Misstrauensvotum der CDU anzuschlie-

(A) Ben. Ich persönlich habe mich auf meinen Urlaub vorbereitet, bevor dieser Antrag eingegangen ist. Ich nehme immer gern Bücher mit und hatte mir als Urlaubslektüre zufälligerweise den russischen Anarchisten Bakunin ausgewählt.

(Heiterkeit)

Ich war erstaunt, denn er hat gesagt – und das erinnerte mich fatal an diesen CDU-Antrag –: „Jeder Aufruhr ist immer nützlich, so erfolglos er auch immer sein mag.“

(Beifall SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Kommen wir zu den konkreten Vorwürfen, die die persönliche Verantwortung von Karoline Linnert betreffen. Ich mache es kurz, weil das am einfachsten abzuhandeln ist. Zur Angelegenheit Stabilitätsrat: Ja, der Stabilitätsrat hat auch auf seiner letzten Sitzung nicht akzeptiert oder kritisiert, dass Bremen die Flüchtlingskosten extra ausweist und über den Haushalt einstellen will. Das ist aber übrigens eine Entscheidung, die Karoline Linnert nicht allein zu verantworten hat, sondern es ist eine Entscheidung des Gesamtsenats, diesen Haushalt dem Parlament so vorzulegen, und dann ist es eine Entscheidung dieses Parlaments, das so zu machen. Der Stabilitätsrat sagte: Das finden wir nicht in Ordnung, das haben wir doch alle vorher gewusst! Warum haben wir uns denn sonst überhaupt damit auseinandergesetzt, ein Gutachten bei Herrn Koriath darüber einzuholen, ob das rechtlich unter den Bedingungen des Konsolidierungspfads und der Schuldenbremse überhaupt möglich ist? Herr Koriath hat gesagt, das sei möglich, und wir haben gesagt, übrigens im großen Pakt mit vielen in dieser Stadt – Arbeitnehmerkammer, Handelskammer und Gewerkschaften –, es ist richtig, Flüchtlingskosten separat auszuweisen. Die Einzigen, die gesagt haben, das finden wir nicht richtig, waren Sie, Herr Eckhoff. Sie haben gesagt, da gehen wir gegebenenfalls vor den Staatsgerichtshof. – In Anbetracht der Lage haben Sie sich ja nun dafür entschieden, nicht zum Staatsgerichtshof zu gehen.

Das heißt, diese Entscheidungen sind nicht die persönliche Verantwortung von Frau Linnert, sondern darin beziehen wir uns alle ein.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Röwekamp [CDU]: Das ist aber nicht Inhalt der Rüge! Der Inhalt der Rüge war etwas anderes!)

Der Inhalt der Rüge ist der Haushaltsverzug, richtig! Und, Kollege Röwekamp?

(Abg. Röwekamp [CDU]: Der blaue Brief wurde ja nicht wegen der Flüchtlingskosten geschrieben!)

Ja! Aber wer hat denn die Sanierungsverantwortlichkeiten durchzuführen? Sanierungsverantwortlichkeiten

übernimmt man, indem man einen Haushalt aufstellt und ihn so, wie man ihn aufgestellt hat, durchführt. Den Haushalt stellt Gott sei Dank in Deutschland und auch in Bremen dieses Parlament auf, und wenn es so etwas gäbe wie einen blauen Brief, dann bekommen wir den, nicht Karoline Linnert in Person.

(C)

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Aber lassen Sie uns, weil das wenig spannend ist, zum Komplex der Bremer Landesbank zurückgehen, weil das, glaube ich, deutlich spannender ist. Ja, es hat in der Vergangenheit reichlich Skandale in den deutschen Landesbanken gegeben: WestLB, HSH Nordbank, Bayern LB, LBBW, Sachsen LB. Aber es gab auch Ausnahmen. Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern hat sich die BLB deutlich und positiv von diesen abgesetzt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Der BLB ist in der Vergangenheit immer von allen einschlägigen Fachjournalen, die es gibt, attestiert worden, dass sie eben gerade keine Zockerbank ist.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Tatsächlich – da sind wir, Kollege Röwekamp, wieder eng beieinander, und die Wahrheit bestreitet auch niemand – steht die BLB jetzt vor einer ganz existenzgefährdenden Krise. Hintergrund sind die geplatzten Schiffskredite, die von Anfang bis Mitte der 2000er-Jahre in Zeiten des globalen Booms zu einem großen Geschäftsfeld der BLB wurden – aber nicht nur der BLB, auch der NORD/LB, auch der HSH Nordbank.

(D)

Wie kam es dazu, dass auch die Bremer Landesbank solche Geschäfte gemacht hat? Von ihr wurde das erwartet, und es wurde auch öffentlich eingefordert, auch und insbesondere von CDU-Politikern, aber auch von Sozialdemokraten. Es war ein Dual-Use-Instrument der Finanzwirtschaft, zu sagen: Damit kann man im laufenden globalen Boom Geld verdienen und gleichzeitig die regionale und heimische Wirtschaft dadurch unterstützen, dass man Schiffe bauen lässt. Wer jetzt sagt, dass diese Entscheidung Anfang, Mitte des Jahres 2000 falsch war, handelt unlauter. Das war damals eine richtige Entscheidung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Genauso ist es richtig, dass man mit dem Wissen von heute sagen würde, dass man das vielleicht hätte schneller abbauen, schneller hätte herausgehen müssen. Das gestehe ich Ihnen sofort zu. Man kann auch der Meinung sein, dass das Klumpenrisiko durch Schiffskredite gar nicht erst hätte gebildet werden dürfen, und ja, man kann auch der Meinung sein, dass

(A) rechtzeitig hätten Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssen. Aber wenn man sich an dieser Fragestellung abarbeiten möchte, dann muss man auch den richtigen Leuten die richtigen Fragen stellen. Ein Blick in die auf Grundlage des Staatsvertrags mit der BLB erlassene Satzung schafft Klarheit darüber, welche Organe eigentlich was machen und wer das ist. Nach Paragraph 8 der Satzung ist Folgendes Aufgabe des Vorstands der Bremer Landesbank: „Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank in eigener Verantwortung. Über wesentliche Angelegenheiten in der Bank hat er den Aufsichtsrat zu unterrichten.“ – Karoline Linnert war nie Vorstand dieser Bank.

Nach Paragraph 15 Absatz 4 der Satzung entscheidet die Trägerversammlung über die allgemeinen Grundsätze der Geschäftspolitik und damit auch über Art und Umfang des Investments. Ja, Karoline Linnert war wie andere Vertreter Bremens ein Mitglied der Trägerversammlung. Entscheidungen über die Gesamtbankstrategie und damit über das Ausmaß des Geschäftsfelds Schiffsbeteiligungen hat sie durchaus mitgetragen. Wer hat aber die einfache Mehrheit in dieser Trägerversammlung darstellen können? Das sind jene, denen die Bremer Landesbank zu 55 Prozent gehört: erstaunlicherweise die NORD/LB. Sie hat persönlich mit Frau Linnert nichts zu tun.

(B) Dann kommen wir darauf, wofür Frau Linnert vielleicht Verantwortung tragen mag. Nach Paragraph 13 Absatz 1 ist Folgendes Aufgabe des Aufsichtsrats der Bremer Landesbank: „Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu beraten und seine Geschäftsführung zu überwachen. Er erörtert mit dem Vorstand die Geschäfts- und Risikostrategie der Bank.“ – Ja, Karoline Linnert war und ist Vorsitzende des Aufsichtsrats. Aber einen Anlass oder ein Recht, von der Entscheidung der Trägerversammlung zu Art und Umfang der Schiffsbeteiligungen abzuraten oder in Frage zu stellen, was der Vorstand ansonsten eigenverantwortlich ins Werk gesetzt hat, geht im Verhältnis der Organe der Bremer Landesbank zueinander eben gerade nicht, deshalb ist es auch völlig unsinnig, hieraus ein Versagen der Finanzsenatorin konstruieren zu wollen,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zumal die Bremer Landesbank das Problem konkret angepackt hat: Nachdem sich die Lage auf dem Schiffsmarkt verschlechtert hatte, hat die BLB in den vergangenen Jahren den Anteil der Schiffsfinauzierungen in ihrem Portfolio bereits deutlich von einem Drittel des Geschäftsumfangs auf ein Viertel reduziert. Der Ansatz dabei war ein schrittweiser Abbau statt auf einen Schlag. So sollte den Reedern Luft verschafft werden, was übrigens auch wirtschaftlich vernünftig war. Gleichwohl wurde auch dieser deutliche Abbau im Gegensatz zu vielen Behauptungen, die ich öffentlich lesen konnte, sehr wohl öffentlich kommuniziert. Er lässt sich im Übrigen aus allen Geschäftsberichten der Bremer Landesbank ablesen.

(C) Während die Bank mit ihren weiteren Geschäftsfeldern weiterhin erfolgreich ist und durch den Bereich der erneuerbaren Energien die Risiken der Schifffahrt sogar zumindest teilweise kompensieren konnte, war es – das ist, glaube, ich das Entscheidende, und dabei dürfen wir uns auch nicht die Tasche lügen – die Entscheidung der Europäischen Zentralbank zur Neubewertung dieser Schiffsbeteiligungen. Das hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Die EZB zwang die Bremer Landesbank aufgrund der Risiken bei den Schiffskrediten zu einer Erhöhung des Eigenkapitals. Die Folgen kennen wir: Von einem Tag auf den anderen machte die BLB Schlagzeilen und war in ihrer Existenz bedroht.

Nun wirft die CDU Finanzsenatorin Linnert vor, nicht rechtzeitig über die deutlichen Auswirkungen auf die Bank informiert und entsprechend gehandelt zu haben. Sie solle Verantwortung übernehmen und ihren Hut nehmen. Fakt ist aber: Karoline Linnert hat längst Verantwortung übernommen. Sie hat ihren Hut – um bei diesem Bild zu bleiben – mit Verve in den Ring geworfen, und genau das wirft ihr die CDU nun auch vor. Aber schauen wir uns die Vorwürfe im Detail an! Ja, Karoline Linnert wusste als Aufsichtsratsvorsitzende bereits vor der Ad-hoc-Meldung der BLB, was auf die Bank zukommt, und ja, sie hat darüber nicht sofort umfassend informiert. Meines Erachtens hat sie, wenn Sie die Vorschriften des Aktienrechts lesen, darüber auch nicht informieren können, und zwar allein aus dem Grund, weil dies rechtlich untersagt ist. Nun kann man darüber streiten, ob diese rechtliche Regelung sinnhaft, gut oder schlecht ist. Daraus aber einen Vorwurf gegen die Finanzsenatorin zu stricken, dass sie sich rechtskonform verhalten hat, halte ich für abwegig.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Aber zurück zu den Fakten! Die Bremer Landesbank hat keine Chance mehr – das war bei vielen die erste Einschätzung nach der Ad-hoc-Meldung. Karoline Linnert aber drückte sich eben nicht um die Verantwortung als Finanzsenatorin, sondern sie kämpfte, und das durchaus mit harten Bandagen und zuge-spitzten Formulierungen. Bremen lasse sich nicht erpressen, betonte sie. Was wäre aber gewesen, wenn sie sich nicht so deutlich ins Zeug gelegt hätte? Wie ernst hätten die übrigen Beteiligten die Rolle des kleinen Bremens in dem folgenden und bis heute andauernden Pokern um die Bank genommen? – Wie alle „Was-wäre,-wenn?“-Fragen lässt sich auch diese nicht eindeutig beantworten.

Klar aber war, es würden harte Verhandlungen auf Bremen zukommen. Kollege Rupp hat am Donnerstag letzter Woche übrigens deutlich geschildert, welche handfesten außerbremischen Macht- und Geldinteressen auf die kleine BLB einwirken. Ich meine, zu einer harten Auseinandersetzung gehören eben manchmal auch harte Worte. Ich persönlich kann Ka-

(A) roline Linnert durchaus übrigens auch überhaupt keinen Vorwurf daraus machen. Im Gegenteil, Frau Linnert und ich haben in den vergangenen Jahren vielfach hart miteinander verhandeln müssen. Ich kann nur sagen: Mir sind Menschen lieb, die bei Dingen, die ihnen wichtig sind, auch mal sperrig und brüsk auftreten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt aber muss es darum gehen, in den weiteren Verhandlungen das optimal mögliche Ergebnis für Bremen zu erzielen und möglichst viele Arbeitsplätze in der Bank in Bremen zu retten. Herr Röwekamp, ich habe den Eindruck, Sie schwächen durch die Farce, die wir heute hier erleben, die Verhandlungssituation Bremens nachhaltig – und das in einer Situation, in der Leute um ihre Arbeitsplätze bangen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe CDU)

Ich bin aber genauso davon überzeugt, dass diese Farce nichts nützen wird. Destruktion und Misstrauen sind kein Politikkonzept, das Menschen begeistert.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Das zweite Buch, das ich mir übrigens in den Urlaub mitnehmen werde, sind Herbert Wehners Memoiren.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Vielleicht sollten Sie uns Ihre Urlaubslektüre einfach ersparen!)

Vielleicht sollte sich die CDU eher daran als an Bakunin orientieren. Herbert Wehner hat statt künstlichem Aufruhr gesagt: „Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen.“ – Das wäre ein Leitbild für die CDU!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Abgeordneten der Opposition müssen sich auf dem Weg in die Wahlkabinen letztlich fragen, ob sie um des Aufruhrs einer Negativkoalition willen ihr Kreuz machen wollen. Die Abgeordneten der SPD haben sich bereits einstimmig entschieden: Wir sagen Nein zu Destruktion, Destabilisierung und Misstrauen! – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Starker Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erst letzte Woche haben wir hier in der Aktuellen Stunde, die ja auch von der CDU eingebracht

wurde, sehr ausführlich zum Sachverhalt rund um die Bremer Landesbank und auch sehr intensiv über den dann einstimmig von der Koalition beschlossenen Haushalt debattiert. In der Zwischenzeit hat sich meines Erachtens nichts Neues in der Sache selbst ergeben, daher möchte ich die finanzpolitische Seite in meinem Beitrag nur sehr kurz beleuchten. Denn um die Sache selbst geht es hier und heute ja nicht, sondern nur darum, dass die CDU zusammen mit der rechtspopulistischen Wählervereinigung Bürger in Wut – –.

(C)

(Zurufe CDU: Och!)

Ja, es ist so! Sie haben nicht allein, sondern mit der Fraktion Bürger in Wut ohne eine Aufarbeitung der Fakten einen Misstrauensantrag gegen die Finanzsenatorin Linnert eingebracht. Mir gibt es im Übrigen schon zu denken, dass Sie wirklich Bürger in Wut als Verbündete dafür gesucht haben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Sie werfen der Finanzsenatorin vor, sie wäre für die prekäre Situation der Bremer Landesbank und für den blauen Brief des Stabilitätsrats verantwortlich. Herr Tschöpe ist ja schon sehr detailliert und intensiv darauf eingegangen, und ich teile genau diese Position: Sie machen die Finanzsenatorin für einen Haushalt verantwortlich, der erst einmal durch ein Rechtsgutachten als verfassungskonform erklärt wurde und dem vor allem die Mehrheit dieses Parlaments zugestimmt hat. Was ist das für ein Politikverständnis, meine Damen und Herren?!

(D)

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD – Abg. Dr. Buhler [FDP]: Aber das hat mit dem Gutachten nichts zu tun!)

Vielleicht muss man auch einmal darauf hinweisen – Herr Röwekamp, Sie sind auf den Konsolidierungspfad eingegangen –, dass es in all den letzten Jahren – ich finde, das ist ein Erfolg für ein Haushaltsnotlageland – möglich war, die 300 Millionen Euro vom Bund zu bekommen, weil wir diesen Konsolidierungspfad mit dieser Finanzsenatorin eingehalten haben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ich möchte auf die Situation der Bremer Landesbank eingehen. Die Bremer Landesbank war und ist für die Bremer Wirtschaft, für mittelständische Unternehmen und gerade auch für hiesige Reedereien ein wichtiges Geldinstitut und für Bremen nicht deshalb wichtig, weil sie hier die Umsatzsteuer bezahlt, sondern weil hier Hunderte von Beschäftigten ihren Arbeitsplatz haben. All diese Menschen fragen sich bange, wie es weitergeht, und Sie von der CDU haben mit Ihrem Agieren, Herr Röwekamp, nicht etwa et-

(A) was für die Beschäftigten oder das Land Bremen getan – nein, Sie haben damit genau das Gegenteil für die Menschen bewirkt!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Die Zukunft der Landesbank und die Schifffahrtskrise war auch Thema auf der Mitgliederversammlung des Bremer Rhedervereins am Montag, dessen Mitgliedsreedereien zu einem Großteil seit Jahren intensive Geschäftsbeziehungen zur schiffsfinanzierenden BLB pflegen. Dort wurde nochmals konstatiert, dass die seit 2008 anhaltende Schifffahrtskrise der Bremer Landesbank, die ein Schiffsportfolio von mehr als 6,2 Milliarden Euro hat, schwer zu schaffen macht. In der Containerschifffahrt etwa hätten sich die Hoffnungen von vor einem Jahr nicht bestätigt. Dass der leichte Anstieg des Ratenniveaus sich verfestigen könne, heißt es in dem Jahresbericht des Vereins. Vielmehr sei das Gegenteil eingetreten: Im Spätherbst seien die Märkte vollends zusammengebrochen – so die traurige Bilanz. Auf diese langanhaltende Krise waren die Marktteilnehmer nicht vorbereitet und konnten es wohl auch nicht sein – so Michael Vinnen, Vorsitzender des Bremer Rhedervereins.

(Zuruf FDP: Wo wohnt der denn?)

(B) Das Vertrauen darauf, dass nach einem langanhaltenden Abschwung die Schifffahrtsmärkte irgendwann auch wieder erstarren werden, werde vor allem von den Institutionen der Bankenaufsicht nicht geteilt. Die Folge: immer höhere Eigenkapitalhinterlegungsanforderungen. Der Umfang der Schiffsfinanzierung werde substantiell heruntergefahren – mit allen Folgen für die in Not geratenen Schiffe, für die Reedereien, die darunter leiden, und auch die maritimen Standorte, nicht nur in Bremen, denn die BLB habe auch viele Schiffe für Reeder an anderen maritimen Standorten finanziert. So konnte man es beim Rhederverein letzte Woche hören.

Es war lange und vor allem auch unter der Großen Koalition – das habe ich letzte Woche auch gesagt –, als Herr Perschau Mitglied im Aufsichtsrat der BLB war, ein erklärtes Ziel, gerade als Hansestadt und maritimer Logistikstandort Reedereien mit Schiffsbeteiligungen zu unterstützen. Das war damals die Politik, auch Ihrer CDU. Es war damals vielleicht auch nachvollziehbar, vor allem Schiffskredite zu vergeben, als viele glaubten, die Globalisierung werde sich immer weiter mit enormen Chancen und Gewinnen, gerade auch in der maritimen Logistikbranche, fortsetzen. Auch als Herr Perschau zum Beispiel dem Aufsichtsrat angehört hat, wurden noch immer sehr eifrig Schiffskredite in Millionenhöhe vergeben.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Sprechen wir über Herrn Perschau oder über Frau Linnert?)

Herr vom Bruch, es geht auch darum, welche Rolle die CDU vielleicht bei dieser Krise gespielt hat, und

nicht nur darum, welche Rolle die Finanzsenatorin (C) gespielt hat!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Man muss im Rückblick sagen: Es war vielleicht auch zu leichtsinnig, ein Risiko einzugehen und einen doch erheblichen Anteil nur auf dieses eine Pferd beziehungsweise diese Schiffe zu setzen. Aus diesem Grund sind mit der Aufsichtsratsvorsitzenden Karoline Linnert die Anteile in den letzten Jahren abgeschmolzen worden. Das Abschmelzen aber – das sagen alle Experten aus der Schifffahrtsbranche – geht eben nicht auf Knopfdruck. Im Gegenteil, mit einem totalen Abschmelzen von hundert auf null hätte man eben gerade diesen Teufelskreis befeuert, indem Schiffe zu Dumpingpreisen gefahren werden, ohne dass die Reedereien die Kredit noch hätten bedienen können.

Die Bremer Landesbank, an der Bremen ja im Gegensatz zur NORD/LB beziehungsweise dem Land Niedersachsen nur Minderheitsanteilseigner ist, ist vor allem aufgrund dieses Schiffsportfolios in eine Schieflage geraten und vor allem, weil die EZB im Frühjahr dieses Jahres diese Schiffsbeteiligungen downgegradet hat. In diesem Zusammenhang konnte ich der Rede von Herrn Rupp in der letzten Woche einiges abgewinnen. Er sagte, dass er es für falsch halte, dafür Karoline Linnert die alleinige Schuld zu geben, und hat dafür plädiert, die Vorgänge erst einmal sachlich zu hinterfragen. Der Landesvorstand der LINKEN will es dennoch anders, und das müssen die Abgeordneten der LINKEN bei der Abstimmung mit ihrem Gewissen vereinbaren.

(Lachen bei der CDU)

Fakt ist: Die Ausgangssituation und die Verhandlungschancen als Minderheitsanteilseigner sind natürlich gegenüber dem Mehrheitseigner immer schlechter; die Ausgangssituation ist immer schlechter. Am Ende kann man in einer solchen Situation eben nicht gewinnen, zumindest nicht zu 100 Prozent, und das hätten Sie von der CDU auch keinen Deut besser bekommen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Herr Eckhoff von der CDU hat letzte Woche kritisiert, dass Senatorin Linnert die BLB gefährdet hätte, zum Beispiel dadurch, dass sie gesagt hat, sie lasse sich nicht erpressen. Herr Tschöpe hat gesagt, es sei manchmal sympathisch, wenn Leute, wenn sie für eine Sache kämpfen, Tacheles reden. Man kann so eine Wortwahl vielleicht undiplomatisch finden. Viele fanden sie aber, wie gesagt, auch sympathisch.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Einige Finanzminister Niedersachsens!)

(D)

(A) Das Ganze ist aber kein Grund für einen Rücktritt oder einen Misstrauensantrag. Im Übrigen, meine Damen und Herren von der CDU, müssten auch etliche CDU-Politiker zurücktreten: Unionsfraktionschef Kauder hat zum Beispiel dem griechischen Ministerpräsidenten bei den Griechenland-Verhandlungen Erpressung der EU vorgeworfen. Innenminister de Maizière stellte im Visa-Streit mit der Türkei klar, dass wir uns nichts erpressen lassen. Auch die zwischenzeitlich schon als Kanzlerkandidatin gehandelte CDU-Fraktionschefin in Rheinland-Pfalz, Julia Klöckner, mag das Wort offenbar ganz gern: Mal warf sie der SPD im Zusammenhang mit der TV-Debatte in Rheinland-Pfalz einen erpresserischen Vorgang vor, mal wirft sie der Landesregierung im Streit um die Inklusion Erpressungsmethoden vor. Also, ich glaube, eine solche Begründung eignet sich nicht für einen Misstrauensantrag.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Genauso irritierend und unverständlich ist im Übrigen der Zickzackkurs, den Sie in den vergangenen Tagen hingelegt haben: Erst fordern Sie von der CDU die Senatorin zum Rücktritt auf. Dann geben Sie eine gemeinsame Pressekonferenz mit der FDP, Tenor: Wir wollen erst einmal einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung, aber danach stellen wir auf jeden Fall auch einen Misstrauensantrag! – Sie kannten für sich also schon das Ergebnis, bevor es überhaupt eine Aufklärung gab. Ihr Ergebnis ist nur: Die Finanzsenatorin muss weg! Ich habe das Signal der FDP verstanden, die sagt, sie habe Interesse an einer sachgemäßen Aufklärung der Vorgänge. Ich denke, dass im Fall der Bremer Landebank ein Untersuchungsausschuss nicht das geeignete Mittel und Instrument ist, weil es ein Bankgeheimnis gibt und weil man nie öffentlich tagen könnte. Den Wunsch aber, die Ereignisse aufzuklären, und viele Fragen, auf die wir Grünen auch gern Antwort hätten, teilen wir. Wir möchten zum Beispiel auch wissen, wie die Steigerung der Schiffskredite sich unter den CDU-Wirtschaftssenatoren bis 2007 entwickelt hat, während nur ein Jahr später schon der Markt dann schwächelte. Das sind Fragen, die meines Erachtens sehr gut in dem gerade eingerichteten Controlling-Ausschuss geklärt werden können. Das rege ich zumindest an.

(B) Nachdem sich CDU und FDP letzte Woche ganz offensichtlich in die Haare bekommen haben, hat sich die CDU einen neuen Verbündeten gesucht, nämlich Bürger in Wut. Bei der FDP verstehe ich nur nicht, warum sie sich jetzt, außer aus parteipolitischem Interesse, die Koalition zu schwächen, davon verabschiedet hat, erst die Ergebnisse einer Sachaufklärung abzuwarten, und stattdessen wieder der CDU, der sie zwischenzeitlich Postenjagd attestiert hat, im Nachhinein gefolgt ist und heute die Abwahl der Finanzsenatorin fordert. Die klare Linie ist das meines Erachtens nicht.

Genauso wenig, gerade aus meinem Demokratieverständnis heraus, kann ich der geänderten Argumentation der LINKEN folgen. Wie gesagt: Manche finanzpolitische Erklärungen des Kollegen Rupp und den Wunsch nach Sachaufklärung letzte Woche fand ich einleuchtend. Umso erstaunter bin ich, dass jetzt – so konnte man es zumindest der Presse entnehmen – der Landesvorstand der LINKEN als Grund für die Zustimmung zum Misstrauensantrag heranzieht, man sei generell nicht mit der Politik von Rot-Grün einverstanden. Herr Tschöpe hat ja erklärt, was ein destruktives Misstrauensvotum ist: dass es nicht darum geht, einen ganzen Senat oder eine ganze Regierung – –.

(C)

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Sie haben nicht zugehört, Frau Schaefer!)

Ich habe sehr genau zugehört, Frau Vogt, aber ich teile einfach nicht Ihre Position!

(Unruhe – Glocke)

Ich sage es noch einmal: Herr Tschöpe hat erklärt, was ein destruktives Misstrauensvotum ist. Dabei geht es um Verfehlungen eines einzelnen Senators, einer einzelnen Senatorin, aber nicht darum, einer demokratisch gewählten Regierung das Misstrauen auszusprechen, weil man mit deren Politik nicht einverstanden ist.

(D)

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ihr Vorwurf ist, dass wir als Koalition die Schuldenbremse einhalten und uns damit an Recht und Gesetz halten, während Sie eben nicht die Schuldenbremse einhalten und aus unserer Sicht verantwortungslos Millionensummen auf Kredit ausgeben wollen. Deshalb habe man generell kein Vertrauen in den Senat und trägt den CDU- und Bürger-in-Wut-Antrag; so habe ich es zumindest vernommen. Das ist für einen Misstrauensantrag eine irritierende Begründung, meine Damen und Herren! Sie kritisieren die in einem demokratischen System gewählte Mehrheit in einem Parlament, sie mache nicht die Politik, die Sie als LINKE wollen, und daher unterstützen Sie einen Misstrauensantrag einfach so.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Wir haben Sie auch nicht gewählt! Was wollen Sie denn jetzt von uns? Was für eine Vorstellung von Demokratie haben Sie eigentlich?)

Ein Misstrauensantrag wird üblicherweise gestellt, wenn eine persönliche Verfehlung eines einzelnen Regierungsmitglieds vorliegt, und den unterstützt man nicht, nur weil man die Politik der demokratisch gewählten Regierung in manchen Dingen nicht teilt.

(A) Herr Röwekamp von der CDU hat vorhin gesagt, es gehe gar nicht darum, ob die Finanzsenatorin Schuld hat an den Problemen der Bremer Landesbank habe, sondern sie solle die Verantwortung dafür übernehmen und deshalb zurücktreten; damit rechtfertigen Sie den Misstrauensantrag: mit der Frage der Verantwortungsübernahme. Interessant! Es gab ja in diesem Parlament schon einige Misstrauensanträge. Ich habe das in den letzten Jahren nur bei Senatorin Rosenkötter selbst einmal als Mitglied dieses Parlaments mitgemacht. Da war die Begründung der CDU, es gebe zwar keinen konkreten Anlass, so damals Rita Mohr-Lüllmann, aber man sei mit der Senatorin einfach nicht zufrieden. – Das ist so ein bisschen die Argumentation der LINKEN heute. Die gesamte Koalition hat damals zu Senatorin Rosenkötter gestanden und ihr den Rücken gestärkt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Davor aber gab es auch schon einmal einen Misstrauensantrag, 2005 von uns Grünen damals eingereicht.

(Zuruf CDU)

Damals waren wir noch in der Opposition, und dieser Antrag richtete sich gegen wen, Herr Strohmann, meine Damen und Herren von der CDU? – Gegen den damals amtierenden Innensenator Thomas Röwekamp, heute hier Fraktionsvorsitzender. Was war der Grund damals? Ich erinnere mich im Übrigen sehr genau an diese Zeit, weil ich damals Mitglied des Beirats Neustadt war und wir als Beiratsmitglieder und über 200 interessierte Bürgerinnen und Bürger und Gäste im Ortschaftsamt Neustadt in einer öffentlichen Beiratssitzung vergeblich auf Sie, Herr Röwekamp, gewartet haben. Es hieß kurz vorher, aus terminlichen Gründen könnten Sie nicht kommen.

(B) Wir hatten Herrn Röwekamp erwartet, weil wir Antworten auf die Fragen rund um den Tod des 35-jährigen Laye Condé aus Sierra Leone wollten. Er erbrach auf dem Polizeirevier des Bremer Stadtteils Vahr vier Kokainkügelchen und kam nach dem zwangsweisen Einflößen von Wasser zu Tode. Herr Röwekamp rechtfertigte den Brechmitteleinsatz damals mit den Worten – ich zitiere: „Schwerstkriminelle müssen mit körperlichen Nachteilen rechnen.“ – In dem Fall war der körperliche Nachteil der Tod des Mannes, und im Übrigen sind Brechmitteleinsätze international als Foltermethode anerkannt.

(Zuruf)

Was das ist? Es geht um die Frage, ob man Verantwortung für irgendetwas übernimmt, was in dem eigenen Bereich geschieht. In dem Fall, kann ich sagen, ist keine Verantwortung damals übernommen worden. Es gab damals sehr viele Proteste. Der 35-jährige Mann aus Sierra Leone ist nach dem zwangs-

weisen Einflößen von Brechmitteln in staatlicher oder polizeilicher Obhut unter Ihrer Verantwortung gestorben beziehungsweise zu Tode gekommen. Ich frage Sie: Haben Sie damals die Verantwortung dafür übernommen, Herr Röwekamp? Nein, lautet die Antwort, das haben Sie nicht! Haben Sie damals den Fehler eingestanden?

Sie haben gerade von Frau Linnert gefordert, es müsse ein Eingeständnis geben. Nein, haben Sie nicht! Sie haben noch draußen vor den Medien behauptet, dem Mann würde es gutgehen. Dabei war schon bekannt, dass er klinisch tot war. Ein Eingeständnis sieht anders aus, und eine politische Verantwortung der CDU für die damaligen Vorfälle hätte auch anders ausgesehen. Insofern muss man sich sehr genau überlegen, wenn man mit dem Finger auf Leute zeigt und sagt: Ihr habt eine Verantwortung! Dann muss man auch selbst so agieren, wenn man glaubwürdig sein möchte.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Sie fordern heute eine Finanzsenatorin auf, sie solle die Verantwortung für die Schieflage einer Landesbank übernehmen, wo ganz objektiv jegliche Verhandlungsposition mit der Mutterbank von vornherein extrem schwer war und es jetzt vor allem und immer noch darum geht, noch zu retten, was zu retten ist. Dazu tragen Sie von der CDU, finde ich, mit Ihrem parteipolitischen Kalkül und diesen Debatten wahrlich nicht bei. Sie haben damals selbst nicht die Verantwortung übernommen, obwohl ein Mensch zu Tode gekommen war.

Für mich persönlich ist es eine unterschiedliche Gewichtung, ob man Brechmitteleinsätze befürwortet und deren Anwendung in Kauf nimmt und damit auch den Tod eines Menschen, und der Bevölkerung nicht sagt, wie der aktuelle Stand damals war, oder ob man schwierige Verhandlungen mit einer Mutterbank führen kann und – die Verhandlungen sind ja noch nicht einmal abgeschlossen –, vor zwei Wochen nicht mit einem Ergebnis nach Hause kommt, das sich alle Bremerinnen und Bremer und auch die Finanzsenatorin gewünscht hätten. Für mich gibt es in dieser Frage der politischen Verantwortung einen deutlichen Unterschied.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Sie haben, meine Damen und Herren von der CDU und von Bürger in Wut, nur das Ziel, heute politisches Kapital aus der Misere rund um die BLB zu ziehen. Sie fahren damit einen politischen Zickzackkurs, erst mit der FDP, und am Ende tun Sie sich mit Bürger in Wut zusammen. Das einzige Ziel, das Sie haben, ist, die Koalition um jeden Preis zu schwächen; leider auf Kosten der BLB und der dortigen Beschäftigten. Dabei ist Ihnen offensichtlich jedes Mittel recht. Ich finde das leicht zu durchschauen. Das Einzige, was Sie damit erreichen, ist, die Politikverdrossenheit zu schü-

(C)

(D)

(A) ren. Ich denke, es müssen alle noch einmal in sich gehen, wenn sie gleich an die Wahlurne gehen,

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Ja, das glaube ich auch!)

ob sie, wie Herr Röwekamp sagt, für diese Art von Politik stehen oder für eine andere Politik. Herr Röwekamp, ich habe die Politik unter Ihrer Verantwortung in Erinnerung – mit millionenschweren Scherbenhaufen, die Sie hinterlassen haben. Ich hatte aber auch bei Ihrem letzten Satz das Gefühl, dass Sie gar keine Verantwortung übernehmen wollen. Sie haben klargemacht, dass Sie nicht regieren und keine Verantwortung übernehmen wollen. Sie haben gesagt, es gehe heute nicht bei jedem, der abstimmt, um die Frage von Neuwahlen. Das stimmt! Denn jeder, der heute nachher in der Wahlkabine sein Kreuzchen macht, stimmt darüber ab, ob er der CDU und den rechtspopulistischen Bürgern in Wut

(Lachen ALFA)

– ja, da können Sie schreien, es sind die rechtspopulistische Bürger in Wut – die Zustimmung zu diesem Misstrauensantrag schenken. Ich sage hier ganz klar für die Grünen, meine Fraktion: Wir haben Vertrauen in Karoline Linnert, und wir wollen, dass sie Finanzsenatorin bleibt. Wir wollen nicht Ihren ureigentlichen parteipolitischen Interessen nachgehen. – Herzlichen Dank!

(B)

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste! Es wurde schon diverse Male angesprochen: Ja, wir haben im Landesvorstand und in der Fraktion lange, intensiv und ausführlich darüber diskutiert, wie wir uns heute verhalten, übrigens nicht erst seit letzten Donnerstag nachmittag, nachdem der Misstrauensantrag gestellt worden ist, sondern schon im Vorfeld.

Wir haben uns entschieden, diesem Antrag zuzustimmen, weil wir sowohl in der Frage des Sanierungskurses und der Finanz- und Haushaltspolitik dieses Landes als auch in der Frage, ob und wie wir die BLB retten können, aber vor allem in der Frage der Sanierung gesagt haben: Ja, dieser Senat hat in Gänze nicht unser Vertrauen. Er hat es auch schon vor einem Jahr nicht gehabt, und er hat es auch jetzt nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Frau Dr. Schaefer, das ist im Übrigen auch der einzige Grund, weshalb wir uns Donnerstagmorgen vor einer Woche, als der Antrag noch nicht da war, damit schon schwergetan haben. Das hat der Kollege

Rupp übrigens in der Aktuellen Stunde auch deutlich gemacht: Wir sehen die Verantwortung nicht nur ausschließlich bei Frau Linnert, sondern beim gesamten Senat, und in der Frage der BLB insbesondere auch beim Regierenden Bürgermeister. Das ist der Grund, weshalb wir uns zunächst damit schwergetan haben zu sagen, wir gehen mit. Letztendlich, in der Konsequenz der politischen Verantwortung, hat es aber die Finanzsenatorin zu tragen, und deshalb sagen wir: Ja, wir stimmen diesem Misstrauensantrag zu, aber stellen den ganzen Senat in die Verantwortung, wenn wir heute zustimmen.

(C)

(Beifall DIE LINKE)

Die Gründe sind in der Tat durchaus andere als die der CDU: Im Fokus unserer Kritik und unserer Ablehnung der Regierung steht im Moment nicht so sehr das Verhalten der Senatorin in der aktuellen Krise um die BLB, wobei ich, ehrlich gesagt, eine Sache – das kann ich hier auch einmal sagen – sehr, sehr schwierig finde: Ich habe überhaupt nichts gegen harte Verhandlungsführung, ganz im Gegenteil! Ich habe aber Probleme damit, wenn man intern nicht bereit ist, eine Option für Kapitalerhöhungen deutlich zu machen und dafür im Senat zu werben. Dann sollte man sich auch überlegen, wie man nach außen auftritt.

(Beifall DIE LINKE, CDU)

(D)

Ich hätte nämlich sehr gern gehabt, dass die Finanzsenatorin mit dem nötigen Geld im Gepäck in diese harten Verhandlungen geht, damit sie auch pokern kann und nicht, damit sie mit leeren Händen dasteht. Ich finde, das ist durchaus eine Sache, über die wir noch in Zukunft zu sprechen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE)

Unabhängig von der Bremer Landesbank ist der Mittelpunkt unserer Kritik der inzwischen gegen jeden Sinn und Verstand stur durchgehaltene Sanierungskurs und der verzweifelte Versuch, ihn hier in Bremen durchzusetzen oder zu rechtfertigen, denn durchsetzbar ist er überhaupt nicht.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Und mit Recht! Es ist ja auch nicht nur Frau Linnert!)

Für diesen Kurs steht die gesamte Regierung, aber insbesondere auch die Finanzsenatorin. Wer denn sonst, Frau Dr. Schaefer? Die Finanzsenatorin ist auch diejenige, die diesen Kurs immer verteidigt, zuletzt am letzten Mittwoch in der Haushaltsdebatte. Ich habe mir die Rede von Ihrer Finanzsenatorin nämlich noch einmal angeschaut. Für genau diesen Kurs – und darauf muss ich noch einmal zurückkommen, Frau Dr.

- (A) Schaefer – sind beide Regierungsparteien, nicht nur die Grünen, sondern auch die SPD, bei der Wahl am 10. Mai 2016 abgestraft worden.

(Beifall DIE LINKE)

Die Allererste, die nach dem Wahldebakel von Rot-Grün öffentlich verkündet hat, dass für sie trotz des Wählervotums ein Kurswechsel nicht infrage kommt, war die Finanzsenatorin.

(Abg. Frau Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, und das war absolut richtig!)

Auch das haben wir nicht vergessen, und einen entsprechenden Haushalt des „Weiter so“ haben Sie auch letzte Woche verabschiedet. Wir haben dem Haushalt natürlich nicht zugestimmt. Das Ergebnis des restriktiven Sparkurses ist ja im Grunde seit Jahren für alle sichtbar. Wir wissen, dass es immer noch bei der Inklusion hapert. Wir wissen, dass immer noch Lehrerinnen und Lehrer fehlen, dass der Lernerfolg aller Schülerinnen und Schüler gefährdet ist. Wir wissen, dass auf dem Stadttamt das reine Chaos herrscht und man auf dem Standesamt im Moment kein Aufgebot bestellen kann. Wir wissen auch – das wird hier auch immer wieder thematisiert –, dass die Schere zwischen armen und reichen Stadtteilen im letzten Jahrzehnt, und zwar seitdem Rot-Grün regiert, immer weiter auseinandergegangen ist und der Senat im Moment nichts tut, um diese Schere wieder zu schließen.

(B)

(Beifall DIE LINKE)

Ich will es einmal ganz deutlich sagen: Für Jugendliche in Gröpelingen, Blumenthal, Kattenturm, Tenover, aber auch in Bremerhaven-Lehe im Goethe-Quartier stehen die Bildungschancen schlecht, und es gibt anschließend keine Ausbildungsplätze für sie. Das ist eine Situation, die sich in den letzten neun Jahren durchaus noch einmal verschärft hat. Denn Bremen ist mittlerweile Spitzenreiter bei der Arbeitslosigkeit und Verlierer jedes Bildungsvergleichs. Unter Rot-Grün – das muss Ihnen doch auch zu denken geben – ist Bremen das Bundesland geworden, das in zwischen die höchste Armutsquote hat.

(Beifall CDU)

Ich finde das leider nicht zum Klatschen! Jedes dritte Kind ist arm, und das gibt es in dieser Deutlichkeit in keinem der 15 anderen Bundesländer. Die Quote alleinerziehender Frauen im SGB-II-Bezug ist in Bremen höher als anderswo. Bremens Wirtschaft boomt, aber wir haben die höchste Leiharbeitsquote, und wir sind Spitzenreiter in Sachen prekäre Beschäftigung. Ehrlich gesagt, es hilft auch nichts, dass die Facharbeiter in Bremen im bundesweiten Vergleich

ein vergleichsweise hohes Lohnniveau haben, wenn die weniger qualifizierten Arbeitsverhältnisse in diesem Bundesland deutlich schlechter bezahlt werden als in den anderen 15 Bundesländern.

(C)

Es ist ziemlich eindeutig, weshalb ich das hier noch einmal in Erinnerung rufe, denn die Rahmenbedingungen für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung setzt die Politik, und sie werden in Bremen nun einmal seit neun Jahren durch Rot-Grün bestimmt. Für alle Bereiche des öffentlichen Lebens sagen Sie immer: Wir würden ja gern, aber die Haushaltslage hindert uns daran, und zwar frei nach Brecht: Wir wären gut, anstatt so roh, doch die Verhältnisse, sie sind nicht so.

Vor einem Jahr habe ich im Wahlkampf gesagt, dass das Problematische an dieser Haltung ist, dass es die Menschen in diesem Bundesland auch in ihrer Kreativität lähmt. Von diesem Zustand in beiden Städten und in diesem Bundesland haben die Menschen die Nase voll, und sie wollen, dass sich etwas ändert und sie wieder eine Perspektive bekommen. Das war der Denkkettel der letzten Bürgerschaftswahl, den Sie von den Regierungsparteien am 10. Mai bekommen haben.

Sie haben damals gesagt, Sie hätten verstanden. Ehrlich gesagt, haben die Ergebnisse der letzten Wochen gezeigt, wie wenig Sie verstanden haben.

Präsident Weber: Sehr geehrte Frau Kollegin! Sie machen so eine Art Generalabrechnung. Das macht man bei den Haushaltsberatungen.

(D)

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, ALFA)

Man müsste jetzt zum eigentlichen Thema kommen. Ich weise nur darauf hin.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielleicht durfte sie bei der Haushaltsdebatte nicht reden!)

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE): Herr Präsident! Was unser Thema ist, weshalb wir diesem Misstrauensvotum zustimmen, obliegt ja wohl uns, es hier zu erläutern, oder?

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Weber: Sehr geehrte Frau Kollegin, da irren Sie sich. Wir haben eine Geschäftsordnung, und ich kann Ihnen die Paragraphen vorlesen, was es bedeutet, am Thema vorbeizureden.

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, ALFA – Abg. Rupp [DIE LINKE]: Und warum dürfen das die anderen?)

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE): Das bleibt dem Präsidenten in seiner Auslegung überlassen! Ich möchte

- (A) hier nur sagen, dass wir ganz klar gesagt haben, dass dieser Senat in den letzten Wochen die Möglichkeit gehabt hätte, den Kurs umzulegen, und er hätte ganz klar die Möglichkeit gehabt, in den Haushaltsverhandlungen ganz deutlich andere Maßstäbe zu setzen. Wir haben auch ganz klar gesagt, dass diese Möglichkeit bestanden hätte. Ehrlich gesagt: Was ich in dieser ganzen Auseinandersetzung nicht verstehe, ist das, was heute insbesondere von der Fraktionsvorsitzenden der Grünen gekommen ist: Sie werfen uns vor, dass wir dem Misstrauensvotum der CDU zustimmen.
- (Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Und der Bürger in Wut im Übrigen!)
- Sie gehen dabei aber von der Annahme aus, dass wir eine Art Wurmfortsatz dieser rot-grünen Koalition sind und sie immer mittragen,
- (Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber Sie müssen sich selbst einmal überlegen, was Sie haben wollen, Frau Vogt!)
- ohne dass wir irgendeine Möglichkeit hätten, auf den Haushalt oder die Bremer Landesbank Einfluss zu nehmen, liebe Frau Kollegin Dr. Schaefer!
- (Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich wundere mich nur über Ihr Demokratieverständnis, Frau Vogt!)
- (B) Sie hätten ja einmal einem einzigen Antrag zustimmen können! Wo sind Sie denn uns einfach einmal entgegengekommen, sodass wir sagen könnten, diese Finanzsenatorin hätte – –.
- (Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Darum geht es nicht! Es geht darum, dass Sie sich überlegen müssen, ob Sie den Bürgern in Wut zustimmen wollen, Frau Vogt! Es ist ein destruktives Misstrauensvotum! Darum geht es!)
- Nein, darum geht es sehr wohl, und das hat übrigens auch der Kollege Rupp sehr deutlich gemacht, Frau Dr. Schaefer: Der Vorwurf, dass wir unterschiedliche Sprachen in der Bewertung Ihrer Haushalts- und Finanzpolitik sprechen würden, ist komplett absurd.
- (Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber bei der Bremer Landesbank hat Herr Rupp eine deutlich andere Meinung als Sie, Frau Vogt!)
- Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich von Herrn Rupp jemals etwas anderes gehört hätte als die Tatsache, dass dieser Sanierungskurs, für den Sie sind, für den diese Finanzsenatorin ist, schädlich für unser Bundesland sei und wir ihn vehement ablehnen. Das hat Herr Rupp immer gesagt.
- (Beifall DIE LINKE – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Da müssen Sie uns auch als Parlament ablehnen! – Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Man hat ihr das Spielzeug weggenommen!)
- Ehrlich gesagt, Sie hätten ja auch einmal versuchen können, sich mit dieser Argumentation, mit der wir Ihnen von links dauernd entgegneten, ansatzweise auseinanderzusetzen.
- (Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch! Sehr intensiv, Frau Vogt! Aber ich teile nicht Ihre Meinung!)
- Nein, Sie haben sich damit überhaupt nicht auseinandergesetzt, Frau Dr. Schaefer, überhaupt nicht, nicht ansatzweise! Frau Linnert hat letzte Woche mehrfach in der Haushaltsdebatte gesagt, dass sie diesen Sanierungskurs nicht infrage stellt, dass sie ihn immer noch für richtig hält und sie immer noch von Generationengerechtigkeit ausgeht.
- (Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das tun wir auch, Frau Vogt!)
- Ja, das sehen Sie auch so, und deshalb haben wir kein Vertrauen in Ihre Politik und die Politik Ihrer Finanzsenatorin, Frau Dr. Schaefer!
- (Beifall DIE LINKE – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Deshalb haben wir die Mehrheit in diesem Parlament, und es ist ein destruktives Misstrauensvotum! Aber das verstehen Sie ja nicht!)
- Wir sagen seit Jahren ziemlich klar und eindeutig, wohin dieser Kurs führt. Das ist auch ganz klar begründet, und das wissen Sie inzwischen auch selber, weil Ihnen die Leute davonlaufen und die Menschen auf der Straße in dieser Stadt – –.
- (Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, uns nicht, aber Ihnen, Frau Vogt! – Unruhe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Könnten Sie einmal bitte für Ruhe sorgen, Herr Präsident?
- Präsident Weber:** Liebe Frau Kollegin! Sie tun alles, damit es unruhig wird. Das ist Ihr gutes Recht, und das ist auch in einem Parlament so üblich. Aber ich zitiere Ihnen jetzt einmal den Paragraphen 46 unserer Geschäftsordnung: „Spricht eine Rednerin oder ein Redner nicht zur Sache, so wird sie oder er vom Präsidenten darauf hingewiesen.“
- Ich tue das jetzt zum zweiten Mal, sehr geehrte, geschätzte Frau Kollegin.
- (Beifall SPD, ALFA)
- (C)
- (D)

(A) **Abg. Frau Vogt (DIE LINKE):** Und ich sage Ihnen noch einmal, dass ich zur Sache spreche. Ich sage Ihnen, warum wir dieser Finanzsenatorin nicht vertrauen, und das hat Gründe. Wenn ich die hier nicht äußern darf, dann finde ich das in einer so wichtigen Debatte, in der wir heute reden, höchst befremdlich! Das muss ich hier auch einmal sagen.

(Beifall DIE LINKE, CDU, FDP)

Ich komme dazu, warum wir auch sagen, dass Frau Linnert persönlich nichts dafür getan hat, uns davon zu überzeugen, dass wir ihr vertrauen sollen: Frau Linnert hat letzte Woche in ihrer Rede zum Haushalt gesagt, dass Finanzpolitik für sie am Ende des Tages nicht absolut stehe, sondern – ich zitiere wörtlich – „sich in einem Feld des Abwägens mit anderen Politikbereichen wie zum Beispiel Sozialpolitik befindet“.

Frau Linnert, das sind schöne Worte. Aber wenn man Ihren beschlossenen Haushalt ansieht, dann hat das in der Praxis leider keine Folgen, denn seit Jahren halten Sie als Finanzsenatorin und der Senat ideologisch an einem Hauptziel fest: Bloß nicht die Finanzierungsvereinbarung reißen! Dieser Maxime wird alles untergeordnet, und die desaströsen Folgen sehen wir in diesem Land tagtäglich.

(Beifall DIE LINKE)

(B) Wir sagen natürlich auch, dass es einen Alternativkurs gegeben hätte, diese Stadt auf einen sozialen und solidarischen Kurs zurückzuholen. Wir haben mehrfach konstruktive Vorschläge unterbreitet, nicht nur in dieser Haushaltsdebatte, sondern immer. Wir haben auch gesagt: Lassen Sie uns doch einmal diesen Diskurs in diesen beiden Städten führen, wohin dieses Bundesland steuert, wenn man an dieser Politik festhält, die man landläufig Austeritätspolitik nennt! Worauf steuern wir denn hinaus? Wir haben eine Situation – damit hat die CDU völlig recht –, in der es an allen Dingen mangelt, nicht nur im Bereich öffentlicher Infrastruktur oder im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, sondern auch in dem Bereich, welches Klima man für Investitionen schafft. Diese Folgen erleben wir, und das ist doch der Grund, warum Bremen das einzige Bundesland ist, das immer noch mit dem Rücken an der Wand steht.

Ehrlich gesagt, warum erwartet ausgerechnet die grüne Fraktion, dass wir dieser Finanzsenatorin das Vertrauen aussprechen, wenn alle unsere Befürchtungen, die wir hier seit neun Jahren, Frau Schaefer, vortragen, tatsächlich auch zutreffen? Wir reden nicht über Hirngespinnste. Sie haben vor einigen Jahren immer gesagt, dass wir diese Situation falsch bewerten. Wir sind aber an einen Punkt gekommen, an dem sie nicht mehr so bewertet wird.

Ich finde es höchst gefährlich, Frau Dr. Schaefer, wenn Sie immer von Politikverdrossenheit sprechen, weil wir sagen, wohin dieser Kurs führt. Das hat ein we-

nig die Haltung von jemandem, der mit der Kasse durchbrennt und schreit: Haltet den Dieb! Ich glaube, die Politikverdrossenheit entsteht dadurch, dass man den Menschen vormacht, es gäbe keine Alternative, wenn man ein Bundesland in die Stagnation treibt.

(Beifall DIE LINKE)

Wir sind heute in einer Situation, in der man auch einmal ganz klar sagen muss – ich habe mir nämlich diesen sogenannten blauen Brief auch angeschaut –, dass es tatsächlich nicht so ist, dass Berlin den Finger wegen des doppelten Haushaltes gehoben hat, wegen des Versuchs, die integrationsbedingten Kosten in einen anderen Haushalt zu schieben, was wir als Linksfraktion grundsätzlich mitgetragen haben, wenn auch mit Bauchschmerzen – mit Bauchschmerzen deshalb, Frau Dr. Schaefer, weil es der Öffentlichkeit ein wenig suggeriert, wir hätten kein Problem mit dem Sanierungskurs und es gäbe keine integrationsbedingten Mehrkosten. Das finden wir grundsätzlich schwierig und gefährlich. Der blaue Brief des Stabilitätsrates sagt ganz klar – wir sprechen ja noch gar nicht über den jetzigen Haushalt, er steht erst im nächsten Jahr zur Diskussion –, dass der Versuch, diese Konsolidierungs- und Sanierungsvereinbarung einzuhalten, von Berlin äußerst kritisch gesehen und gesagt wird, dass wir an Grenzen stoßen. Das sagt die Finanzsenatorin übrigens auch zu jedem mittleren Finanzrahmen, den sie vorlegt.

Liebe Kollegin Schaefer, wenn solch ein blauer Brief kommt, ist es im Sinne einer parlamentarischen Auseinandersetzung und einer parlamentarischen Demokratie durchaus üblich, dass sich durchaus auch die Opposition damit auseinandersetzt und sich fragt, welche Folgen das hat. Dass naturgemäß die CDU und DIE LINKE zu grundsätzlich anderen Schlüssen kommen, was das bedeutet, das ist doch nicht weiter verwunderlich. Dass wir das aber hier nicht sagen oder benennen dürfen, finde ich sehr wohl problematisch, weil es in meinen Augen Politikverdrossenheit fördert.

(Beifall DIE LINKE, CDU, FDP)

Wir glauben ebenfalls wie die CDU, dass wir einen Richtungswechsel brauchen. Wir wollen ganz klar nicht den Richtungswechsel der CDU, Frau Dr. Schaefer.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Schade eigentlich! – Abg. Güngör [SPD]: Dann wissen Sie ja, wie Sie heute abstimmen! – Zurufe von der SPD)

Das ist ganz klar.

(Abg. Güngör [SPD]: Also enthalten Sie sich?)

(C)

(D)

(A) Herr Güngör, wir werben für unseren Kurs, und zwar ganz stringent. Seit Jahren sagen wir, dass wir das Neuverschuldungsverbot für ökonomischen und sozialen Unsinn und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt für höchst gefährlich halten.

(Beifall DIE LINKE)

Sie tun immer so: Wir machen die Augen zu und wurschteln uns in der Mitte durch. Da hat die CDU recht, das funktioniert nicht mehr. Das hat Berlin auch gesagt. Wir werben nicht für den Kurs der CDU, sondern für unseren, und wir wollen, dass Sie sich entscheiden.

(Abg. Güngör [SPD]: Entweder steigen Sie dort drüben ein oder nicht! So läuft das nicht!)

Das ist unsere Ansage, weshalb wir sagen, dass diese Regierung vor einem Jahr nicht unser Vertrauen hatte und ein Jahr später erst recht nicht mehr. In diesem Jahr ist nichts passiert.

(Beifall DIE LINKE)

Mit diesem Kurs, den Sie seit neun Jahren beziehungsweise nach Unterzeichnung der Sanierungsvereinbarung fahren, hat sich im letzten Jahr nichts ergeben, was in irgendeiner Weise einen Ausschlag zugunsten Ihrer Politik gegeben hätte. Ganz im Gegenteil! Die Eckdaten in allen Bereichen in Bremen werden immer schlimmer.

(B)

(Abg. Öztürk [Bündnis 90/Die Grünen]: Was heißt das?)

Es ist völlig klar, dass dieser Kurs ohne integrationsbedingte Mehrkosten letztlich nicht zu halten sein wird. Es ist durchaus berechtigt, in einer Situation, in der Bremen an einem Scheideweg steht, diese Diskussion aufzumachen und zu fragen, welchen Weg die Regierung will. Will sie den Weg der CDU gehen, oder hat sie den Mut zu sagen, okay, diese Sanierungsvereinbarung ist zum Scheitern verurteilt, wir müssen finanz- und haushaltspolitisch einen grundsätzlich anderen Weg im Sinne der Verantwortung für die Menschen gehen, die in diesem Bundesland leben?

(Beifall DIE LINKE)

Aus unserer Sicht ist ein Richtungswechsel in Bremen nötig. Dieser darf eine angemessene Neuverschuldung für dieses Bundesland nicht von vornherein ausschließen. Da Ihre Finanzsenatorin letzten Mittwoch genau das wörtlich wiederholt hat, hat sie hier und heute unser Vertrauen nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Dieser Richtungswechsel müsste vor allem gegenüber Berlin und den anderen Bundesländern vertreten werden und vor allem dann, wenn im Grundsatz noch das Grundgesetz in Deutschland gilt, dass in den Ländern gleichwertige Lebensverhältnisse herrschen sollen. Dann steht Bremen und den Bremern und Bremerhavenern deutlich mehr zu als das, was sie jetzt durch diese rot-grüne Regierung bekommen.

(C)

(Abg. Gottschalk [SPD]: Das wollen Sie mit CDU und FDP erreichen, ja?)

Es wäre Aufgabe der Landesregierung, Herr Gottschalk, diese Haltung offensiv gegenüber anderen Ländern zu vertreten und auch gegenüber den Bremern und Bremerhavenern. Sie streuen den Leuten doch manchmal Sand in die Augen.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Und das von Ihnen! – Abg. Güngör [SPD]: Das ist doch Ihre Aufgabe!)

Dann wundern Sie sich, dass Sie hier eine politische Doktrin aufgemacht haben, bei der Sie nachher mit den Menschen diskutieren müssen, ob eine Neuverschuldung überhaupt sinnvoll ist, und beschweren sich darüber, dass hier ein Dogma des Neuverschuldungsverbots herrscht. Sie haben diese Politik doch verursacht und nicht die Menschen, die Ihnen geglaubt haben.

(D)

(Beifall DIE LINKE)

Wir bleiben dabei, dass mit den aktuellen Mittelzuweisungen gleichwertige Lebensverhältnisse nicht aufrechtzuerhalten sind. Die Bürgermeister und die stellvertretende Bürgermeisterin sind in der Pflicht, diese Problematik aufzuzeigen und sich nicht noch weitere Sparanstrengungen auferlegen zu lassen. Bremen kann und sollte nicht weiter sparen. Es ist wichtig, dass diese Message endlich auch einmal beim Stabilitätsrat ankommt. Unsere Fraktion und auch unser Landesvorstand haben große Zweifel, dass Sie, Frau Linnert, noch die richtigen Botschaften in diesem Sinne beim Stabilitätsrat in Berlin vortragen.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb haben wir uns nach mehreren Tagen der Diskussion – das war nicht nur unser Landesvorstand, sondern auch unsere Fraktion – dazu entschlossen, dieser Finanzsenatorin und diesem Senat insgesamt heute nicht unser Vertrauen zu geben. Ehrlich gesagt war das bei der Senatswahl vor einem Jahr auch schon so. Wir haben damals auch schon merkwürdige Anrufe bekommen, anlässlich derer ich mich gefragt habe, warum man, wenn die grüne Fraktion ein Problem hat, von uns LINKEN erwartet, dass wir Senatorinnen und Senatoren einer Regierung wählen,

(A) der wir nicht angehören. Das müssten Sie mir einmal erklären.

(Beifall DIE LINKE, CDU und ALFA – Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? Sie erzählen schon auf Facebook immer diesen Blödsinn! – Zurufe Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben auch überhaupt kein Problem damit, das hat Herr Rupp auch mehrfach in der letzten Woche gesagt, dass Frau Linnert für einen Kurs steht, den wir inhaltlich falsch finden und nicht tragen. Sie steht unserer Meinung nach für eine Liberalisierung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, die wir nicht mittragen werden. Dieser Kurs, der Bremens sozialen Zusammenhalt nachhaltig gefährdet, hat nicht unser Vertrauen und daher auch diese Finanzsenatorin nicht. – Danke!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Steiner.

Abg. Frau Steiner (FDP): Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Gäste! Die letzten Wochen in diesem Haus waren mehr als turbulent. Gerade von Rot-Grün wurde ein Doppelhaushalt verabschiedet, der die Eigenständigkeit Bremens fahrlässig aufs Spiel gesetzt hat.

(B) (Beifall FDP)

Er verstößt gegen die Konsolidierungsvereinbarung mit dem Bund. Gleichzeitig kündigte sich die nächste Katastrophe an, als bekannt wurde, dass Bremen seine Landesbank an Niedersachsen verkaufen muss. In beiden Bereichen stand vor allem eine Person im Mittelpunkt: unsere Finanzsenatorin Karoline Linnert. Frau Linnert hat es nicht geschafft, dem Stabilitätsrat in Berlin glaubhaft zu versichern, dass Bremen es mit dem Sparen ernst meint. Auch in der Rolle als Aufsichtsratsvorsitzende der Bremer Landesbank hat sie leider kein Geschick bei den Verhandlungen um die Zukunft der Bank bewiesen. Ganz im Gegenteil: Anstatt in diesen beiden hochkritischen Punkten dafür zu sorgen, dass Bremen weder Ansehen noch Geld verliert, haben Sie beides fahrlässig verspielt.

(Beifall FDP)

Anstatt Lösungen zu finden, sind Sie in beiden Fällen zum Anwalt gegangen. Der Haushalt wurde verteidigt, bevor er überhaupt verabschiedet wurde, denn zum Haushalt gab es gleich das Rechtsgutachten, welches belegt, dass der von Ihnen vorgelegte Haushalt nicht gegen die Konsolidierungsvereinbarung mit dem Bund verstößt. Was die EZB betrifft, wollen Sie auch da gleich klagen: gegen die Risikobewertung der europäischen Bankenaufsicht, die durch die Kapitalaus-

stockung bei der BLB notwendig geworden ist. Frau Linnert, von dieser Art der Politik hat wirklich niemand etwas, außer den Anwälten, die Sie beauftragen, um Ihr Versagen mit juristischen Winkelzügen zu verdecken.

(Beifall FDP)

Eines ist klar: Weder als Finanzsenatorin noch als Aufsichtsratsvorsitzende handeln Sie im Interesse der Bremer und Bremerhavener. Wir haben Ihnen in den vergangenen zwei Wochen die Möglichkeit gegeben, selbstbestimmt vom Amt zurückzutreten.

(Abg. Frau Böschen [SPD]: Das ist ein Witz!)

Damit hatten Sie auch die Chance, aus eigener Kraft Schaden von sich selbst, von Ihrer Regierung und vom Land abzuwenden. Diese Chance haben Sie aber leider verstreichen lassen. Sie kleben am Stuhl und zeigen keinerlei Einsicht für Ihre eigenen Fehler, denn schuld sind Ihrer Ansicht nach immer nur die anderen oder eben niemand.

(Beifall FDP, CDU)

Eines kann ich Ihnen sagen: Wir lassen nicht zu, dass Sie sich aus der Verantwortung stehlen und versuchen, in der Öffentlichkeit Ihre eigenen Fehler zu verschleiern. Noch letzte Woche haben Sie die Opposition und ganz besonders mich bezichtigt, nicht die Wahrheit zu sagen. Sie haben behauptet, Bremen habe keinen blauen Brief, der heute schon so oft zitiert wurde, aus Berlin bekommen. Sie haben vor Beginn der Haushaltsverhandlung behauptet, der Stabilitätsrat würde sich nicht dazu äußern, was der Bund und die anderen Länder davon halten, dass Sie die Neuverschuldungsobergrenze um mehr als das Doppelte überschreiten wollen. Frau Linnert, alle Ihre Behauptungen entsprechen leider nicht der Realität. Der Beschluss des Stabilitätsrats ist eindeutig. Er wurde heute schon oft genug zitiert, sodass ich das in diesem Zusammenhang nicht noch einmal tun muss.

(Abg. Frau Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh, vielen Dank!)

Frau Linnert, dieser blaue Brief ist der letzte Warnschuss aus Berlin. Es ist eine glasklare Ansage, dass Ihr Katastrophenhaushalt für das Jahr 2016 nicht einfach so hingenommen wird. Da können Sie noch so sehr mit Ihrem rechtlichen Gutachten kommen. Weder der Bund noch die Länder sind länger dazu bereit, sich von Ihnen auf der Nase herumtanzen zu lassen.

(Beifall FDP, CDU, ALFA)

Ich weiß, von Ihnen kommt immer vehement Widerstand. Fakten lassen sich aber nicht wegdiskutieren.

(C)

(D)

(A) Als Finanzsenatorin sind Sie für uns nicht länger tragbar. Wir sind hier in Bremen nun einmal darauf angewiesen, dass wir sowohl mit dem Bund als auch mit den Ländern gut und vertrauensvoll verhandeln können. Wenn Sie dort genauso auftreten, wie Sie das hier in den letzten Wochen getan haben, sieht es für Bremen und Bremerhaven ganz schön finster aus.

(Beifall FDP)

So gibt es auch weitere Beispiele für Ihre, ich nenne es einmal Realitätsverweigerung. Sie haben in der letzten Woche behauptet, dass die Bremer Landesbank kein Haushaltsrisiko sei. Bremen hat zwischen 1994 und 2001 stille Einlagen im Wert von 480 Millionen Euro geleistet. Weder aus den Zinsen, die es darauf gab, noch aus den Dividendenzahlungen, die es nach der Umwandlung in Stammkapital gab, hat sich diese Investition für Bremen amortisiert. Heute wissen wir nicht einmal, ob die mögliche Verkaufssumme, die wir für die Anteile an der Bremer Landesbank bekommen, wenn wir sie an die NORD/LB verkaufen, überhaupt ausreicht, um die bremischen Beteiligungen an der BLG und der GEWOBA zu sichern. Das Risiko sind Sie 2012, als die stillen Einlagen gewandelt wurden, bewusst eingegangen, und zwar in einer tiefen Bankenkrise, in der keiner bereit gewesen wäre, dieses hohe Risiko einzugehen. Damit wurde die Bank mit dem Geld der Steuerzahler, mit unserem Geld, gerettet, denn auch damals brauchte die Bank dringend frisches Kapital.

(B)

(Beifall FDP)

Was Sie bei Privatbanken immer mit Gemecker und bösen Worten verurteilt haben, ging bei der Staatsbank geräuschlos, nämlich die Rettung mit Steuerzahlergeld. Ihrer Position als Aufsichtsratsvorsitzende sind Sie nicht vertrauensvoll nachgekommen. Selbst nachdem Bremen seit 2012 41 Prozent an der Landesbank hält, haben Sie Ihre Position nicht genutzt und endlich einmal aufgeräumt. Frau Linnert, Sie sprechen immer davon, dass Sie für Bremen den größtmöglichen Einfluss auf die Landesbank bewahren wollen. Wozu wollen Sie das aber, wenn Sie diesen ganz offenkundig nicht nutzen?

Schauen wir uns einmal den Vorstand an: Mit den Herren Nullmeyer und Engelken sitzen gleich zwei Personen im Vorstand, die aus dem Bereich Schiffsfinanzierung der Bremer Landesbank kommen. Herr Engelken war vor dem Ausbruch der Schifffahrtskrise Generalbevollmächtigter für Schifffahrt und Werften und war damit aktiv daran beteiligt, dass die Bremer Landesbank unglaubliche 25 Prozent ihrer gesamten Kreditvergabe im Schiffsektor vorgenommen hat, so viel wie kaum eine andere Bank.

Herr Nullmeyer war übrigens seit 2007 Direktor und Leiter des Geschäftsfeldes Schiffsfinanzierung. Da-

mit ist Herr Nullmeyer dafür verantwortlich, dass das Portfolio seit 2008 nicht massiv abgebaut und bereinigt wurde, sondern sogar noch Geschäfte im Volumen von 3 Milliarden Euro in diesem Krisenmarkt erfolgt sind. Ganz ehrlich: Wer sägt sich auch schon selbst den Ast ab, auf dem er selbst sitzt? Frau Linnert, das ist Ihr Vorstand.

(C)

(Beifall FDP)

Sie sind Aufsichtsratsvorsitzende, und es sind Ihre Vorstandsmitglieder, denen Sie erst neulich noch Ihr vollstes Vertrauen ausgesprochen haben, nämlich den Leuten, die die Schiefelage der Bank mit verursacht haben. Als Aufsichtsratsvorsitzende ist es Ihr Job, den Vorstand zu überwachen. Was machen Sie? Sie holen sich die Verantwortlichen in den Vorstand und machen damit den Bock zum Gärtner. So viel zum Thema Diversity, Risikostreuung!

(Beifall FDP)

Sie haben für uns damit als Aufsichtsratsvorsitzende versagt. Sie sind Ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden und sollten dafür die politische Verantwortung tragen. Dass es mit diesem verfilztem Vorschlag nicht klappen kann, haben wir doch alle gesehen. Am 2. Juni kam eine Ad-hoc-Mitteilung der Bank, dass die Bremer Landesbank aufgrund der Wertberichtigung im Schiffsportfolio eine Kapitalspritze benötigt. Ich bin immer noch fassungslos darüber, wie lange die Verantwortlichen, zu denen auch Sie, Frau Finanzsenatorin, gehören, die Augen vor der Realität verschlossen haben.

(D)

Bereits im Oktober 2014 mussten die Verantwortlichen bei der HSH Nordbank beim europäischen Bankenstresstest zittern. Der Grund dafür waren – das wird Sie wenig überraschen – die unkalkulierbaren Risiken eines übergroßen Schiffsportfolios. Im Dezember 2015 hat auch der Vorstandsvorsitzende der NORD/LB für 2016, 2017 und 2018 der Bank substantielle Wertberichtigungen des Schiffsportfolios angekündigt. Das waren mehr als eindeutige Vorzeichen auch für die Bremer Landesbank und für ihr Schiffs-kreditportfolio.

Was haben die Verantwortlichen in Bremen getan? Sie haben gar nichts getan! Es gab nämlich sehr deutliche Anzeichen dafür, dass die Risiken, die die beiden anderen Landesbanken in ihren Schiffsportfolios gefunden haben, auch bei der Bremer Landesbank zu finden sind. Sie als Aufsichtsratsvorsitzende haben nichts getan. Sie haben nicht die Notbremse gezogen.

Sie vertrauten einem Vorstand, dessen Mitglieder zum großen Teil selbst dafür verantwortlich sind, dass diese Klumpenrisiken gebildet wurden. Sie haben weder die Gefahr, die mit dem Klumpenrisiko verbunden ist, erkannt, noch haben Sie erkannt, dass der Vorstand der Landesbank nicht dazu in der Lage sein kann oder

(A) bereit ist, überhaupt Probleme zu lösen. Damit haben Sie Ihre Pflicht als Aufsichtsratsvorsitzende verletzt. Dann auch noch Ihrem Verhandlungspartner, dem niedersächsischen Finanzminister, Erpressung vorzuwerfen, setzt für uns dem Ganzen die Krone auf.

(Beifall FDP)

Für uns sind Sie damit einen ganzen Schritt zu weit gegangen und sind damit kein seriöser Verhandlungspartner mehr. Ihr Rücktritt allein wird allerdings nicht ausreichen, um die Affäre rund um die Bremer Landesbank lückenlos aufzuklären. Das haben wir von Anfang an gesagt und vertreten.

(Beifall FDP)

Wir müssen ganz klar herausarbeiten, wie es bei den Schiffskrediten zu solch einem Klumpenrisiko kommen konnte. Wir müssen endlich aufarbeiten, wann welche Gremien, welche Risikobewertungen vorgenommen haben. Wir sollten klären, welche Informationen es hierzu zwischen Vorstand, Aufsichtsrat, BaFin und europäischer Bankenaufsicht gab. Wir müssen klären, ob die Bank in guten Zeiten nicht viel zu viel Geld ausgeschüttet hat. Das alles sind Dinge, die weit in die Vergangenheit zurückreichen und unserer Meinung nach eben nicht allein im Controlling-Ausschuss aufgearbeitet werden können.

(B)

(Beifall FDP)

Daher möchte ich noch einmal dafür werben, dass wir in dieser Sache einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Wir brauchen nicht nur den Rücktritt von Frau Linnert, sondern wir brauchen vor allem Aufklärung. Darauf wollen wir uns fokussieren.

(Beifall FDP)

Bremen kann es sich schlichtweg nicht leisten, ein derartiges Missmanagement hinzunehmen oder einfach das Personal zu wechseln. Wir sollten endlich an die Wurzeln des Problems herangehen. Jetzt geht es hier aber erst einmal darum, dass wir als Parlament ein Zeichen setzen. Wir haben es heute in der Hand, ein Zeichen zu setzen und dieses auch an den Bund und an die Länder zu senden, dass es uns ernst mit der Eigenständigkeit unseres schönen Bundeslandes ist.

Es ist übrigens auch ein Zeichen in die Bevölkerung hinein, dass wir auch Politiker zur Verantwortung ziehen. Wir haben es heute in der Hand, ein Zeichen an die anderen Träger der Landesbank und insbesondere an die NORD/LB zu senden, ein Zeichen, dass wir mit kühlem Kopf und im besten Interesse aller an einer zügigen und soliden Lösung für die Bremer Landesbank und einer Lösung, die Arbeitsplätze und bremische Beteiligung sichert, interessiert sind.

(Beifall FDP, CDU, ALFA)

(C)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Leidreiter.

Abg. Leidreiter (ALFA)*: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen, liebe Besucher! Wir haben heute einen schweren Tag, sowohl in Europa, als auch in Bremen. Wir wissen, dass jeder Neuanfang auch Chancen bietet. Deshalb sind wir auf die heutige Abstimmung hier im Hause gespannt.

Die CDU-Fraktion und der Kollege Jan Timke haben das schärfste Schwert der Landesverfassung, die Vertrauensfrage nach Artikel 110, gezogen. Es wird Ihnen, Frau Linnert, Bürgermeisterin und Finanzsenatorin, angedient, politische Verantwortung zu übernehmen. Dabei geht es im Wesentlichen um die Vorgänge im Aufsichtsrat der Bremer Landesbank, hier um die Aufsicht, die Informationspolitik, die Verhandlungsstrategie und die Öffentlichkeitsarbeit durch ihre Person. Auf Details möchte ich hier nicht eingehen, diese hat der Kollege Röwekamp schon hinreichend erläutert.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Super!)

Was Sie uns schuldig geblieben sind, ist das Ass im Ärmel, das Sie hatten. Das Ass war, dass Sie im Haushalts- und Finanzausschuss gesagt haben, dass eine Mutter ihre Tochter immer mit Kapital nach Paragraph 10 KWG ausstatten muss. Diesen Punkt haben Sie mir, auch auf Nachfrage im Haushalts- und Finanzausschuss, nicht beantwortet. Ich habe es im Kreditwesengesetz nachgelesen, ihn aber nicht finden können. Sie sind mir die Antwort schuldig geblieben. Ich weiß nicht, ob das stimmt.

(D)

Der zweite Punkt ist, wie wir alle wissen, die Aufstellung des Doppelhaushalts 2016/2017, bei dem Sie die Flüchtlingskosten in einen Extrahaushalt ausgelagert haben. In diesem Zusammenhang haben Sie, Frau Senatorin Linnert, nicht gut ausgesehen. Es geht um Vorwürfe, die erstens nicht rechtlich offensichtlich sind und zweitens nicht nur von der Finanzsenatorin zu verantworten sind. Aus diesem Grund hätte ALFA gern zu der Aufklärung der Fakten im ersten Schritt einen Untersuchungsausschuss eingesetzt. Die Besetzung der Aufsichtsräte mit Senatoren hält ALFA für einen Systemfehler, da immer ein latenter Interessenkonflikt vorhanden ist. Die gesetzliche Schweigepflicht des Aufsichtsratsmitgliedes verhindert zudem einen ausreichenden Informationsfluss. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Nun wurde von unseren Kolleginnen und Kollegen der CDU und Herrn Timke dieser Misstrauensantrag gestellt. Wir von ALFA finden das zu kurzfristig gedacht. Der gesamte Bremer Senat hat bisher in dieser Legislaturperiode nicht mit Erfolg geblänzt. Im Gegenteil: Dieser Senat und auch jene der vergangenen Legislaturperioden haben den desolaten Zu-

(A) stand des Bundeslandes Bremen zu verantworten. 22 Milliarden Euro Schulden sind kein Produkt von einem Jahr Misswirtschaft, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger fehlgeleiteter Politik.

Da nun die Vertrauensfrage gestellt ist und weder Frau Bürgermeisterin Linnert noch andere Senatoren der Grünen unser Vertrauen besitzen, werden wir diesem Misstrauensantrag zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall ALFA)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Tassis.

Abg. Tassis (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, liebe Gäste! An diesem ganz besonders schönen Tag für Europa, wie ich finde,

(Abg. Frau Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Also!)

an dem das englische Volk seine Souveränität erklärt hat, an diesem ganz wunderschönen Tag für Europa, wahrlich eines Händel-Oratoriums würdig, haben wir in Bremen über einen Misstrauensantrag zu befinden.

(B) Es ist bezeichnend für unsere Lage, dass wir uns in Deutschland und Bremen nicht über unser eigenes Schicksal informieren und es in die Hand nehmen, sondern über das Schicksal von Banken sprechen müssen und darüber, ob Extraausweisungen von Flüchtlingskosten rechtens oder nicht rechtens sind, anstatt die sogenannten Flüchtlingskosten überhaupt infrage zu stellen. Es ist jedenfalls die Souveränität Bremens und Deutschlands und das primäre Schicksal, auch das der Beschäftigten der Bremer Landesbank und das Schicksal von Banken insgesamt eher nachrangig.

Wir stimmen auf alle Fälle dem Misstrauensantrag der CDU und Bürger in Wut zu. Die Alternative für Deutschland will, wenn auch aus anderen Gründen, als bisher geäußert worden ist, Nein sagen. Man kann zu diesem Senat und zu dieser Finanzsenatorin vielleicht auch auf verschiedene Arten Nein sagen. Eine verfehlte Finanzpolitik jedenfalls macht in der Umkehrung des Spruches „It's the economy, stupid“ vielmehr gerade die Dummheit des Ökonomismus mächtig.

Wir müssen in Bremen zu einer vernünftigen Finanzpolitik kommen, um das ökonomistische Denken bekämpfen zu können, und in Zukunft wie die Engländer mutig für unser Bundesland Bremen kämpfen und seine Souveränität auch finanzpolitisch eben erstreiten. – Vielen Dank!

(Abg. Frau Strunge [DIE LINKE]: Wieder nicht zur Sache!)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer. (C)

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, den letzten Redebeitrag von Herrn Tassis kann man nicht einfach unkommentiert hier stehenlassen.

Ich möchte ganz klar für meine Fraktion sagen – ich spreche aber garantiert für unsere Koalition –, dass es kein guter Tag für Europa ist, dass mit dem Brexit kein gutes Zeichen für Europa gesetzt worden ist. Was wir heute brauchen, ist ein deutliches Signal in Richtung Europa, dass der Zusammenhalt gestärkt wird, dass der soziale Zusammenhalt in der EU gestärkt wird und die EU nicht geschwächt wird.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Insofern distanzieren ich mich hier sehr deutlich von diesem Redebeitrag.

Frau Steiner, das waren starke Worte gegen die Finanzsenatorin nach einem solchen Hin und Her, einem solchen Zickzackkurs und Hickhack in den letzten Wochen. Sie fordern jetzt einfach alles. Sie fordern Aufklärung. Ich habe gesagt, dass wir daran auch ein Interesse haben. Sie fordern aber auch zeitgleich den Rücktritt. Das ist etwas, was wir nicht richtig verstehen. Entweder macht man zuerst eine saubere Aufarbeitung, und dann schaut man, was als Ergebnis herauskommt, oder macht einen Schritt nach dem anderen. Sie aber wollen alles gleichzeitig. Das zeigt eigentlich, dass Sie nicht wirklich einen einheitlichen roten Faden haben. (D)

Ich habe mich aber vor allem gemeldet, weil Frau Vogt – sie ist jetzt nicht mehr im Raum – in Wahrheit noch einmal die Haushaltsdebatte von voriger Woche wiederholt hat. Was wir nicht teilen, ist, dass sie der Finanzsenatorin die verantwortungsvolle Politik für das Land Bremen vorwirft, nur weil sie immer wieder dafür wirbt, dass der Sanierungspfad eingehalten werden muss. Wir haben dies als Mehrheit im Parlament letzte Woche unterstützt. Man kann der Finanzsenatorin nicht vorwerfen, dass sie verantwortungsvolle Finanzpolitik betreibt und nicht einfach weitere Millionen ausgibt, und ihr aus dem Grund dann das Vertrauen absprechen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf Abg. Professor Dr. Hilz [FDP])

Frau Vogt – sie ist nicht da – von den Linken hat gesagt, sie sei nicht der Wurmfortsatz der rot-grünen Koalition. Das sind Sie nicht. Sie haben ganz offensichtlich ein anderes Politikverständnis. Ich glaube, Sie haben nicht verstanden, worum es heute in dieser Debatte geht. Ich möchte es noch einmal sagen: Es geht heute – so ist es in der Landesverfassung festgeschrieben – um ein destruktives Misstrauensvotum.

(A) Das bedeutet, dass abgestimmt wird, ob es eine politische Verfehlung eines einzelnen Regierungsgliedes gibt.

Das, was Sie gemacht hat, war, heute eine Rede zu halten, dass Sie einen Richtungswechsel wollen, dass Sie unsere Politik, die Rot-Grün verfolgt, nicht richtig finden. Einen Richtungswechsel haben mehrere Seiten gefordert, ob es die FDP, die CDU oder DIE LINKE waren. Aber es war kein einheitlicher Richtungswechsel, sondern diese Forderung ging in drei oder vier Richtungen. Für mich ist das nicht nachvollziehbar.

Diese Regierung hätte nicht ihr Vertrauen, hat Frau Vogt gesagt. Noch einmal: Bei diesem Misstrauensvotum geht es nicht darum, ob eine gesamte Regierung das Vertrauen einer einzelnen Fraktion hat. Sie rufen heute quasi zu einer Neuwahl oder zu einer Großen Koalition mit Ihrem Stimmverhalten auf. Glauben Sie von der LINKEN wirklich, dass Sie mit einer Großen Koalition Ihre politischen Vorstellungen in irgendeiner Weise weiterverfolgen können?

Frau Vogt hat uns auch vorgeworfen, wir würden den Menschen Sand in die Augen streuen. Ganz ehrlich, wenn man hier steht und in jeder Haushaltsdebatte oder in jeder anderen Debatte den Menschen verspricht, dass es nichts ausmacht, wenn wir noch mehr Schulden machen, für 300 Millionen Euro Anträge stellen und uns damit von dem Sanierungspfad, der Schuldenbremse und von 300 Millionen Euro pro Jahr vom Bund verabschieden, glauben Sie nicht, dass das Sand in den Augen der Menschen ist, wenn Sie ihnen das Blaue vom Himmel versprechen? Eine verantwortungsvolle Politik sieht anders aus.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Genauso finde ich übrigens die Facebook-Einträge von Ihnen, Frau Vogt, mit Verschwörungstheorien, wie die Grünen hier heute abstimmen würden, wirklich sehr irritierend.

Noch einmal: Wir debattieren heute über das destruktive Misstrauensvotum, einen Antrag der CDU und Bürger in Wut. Sie entscheiden, ob Sie diesem Antrag dieser beiden Parteien folgen oder nicht. Ich sage es noch einmal deutlich: Wir sprechen Finanzsenatorin Linnert unser Vertrauen aus.

(Abg. Bensch [CDU]: Sehr überzeugend! Deutschlandweit!)

Die CDU hat ihre Fehler in ihrer Politik nicht eingestanden und damals nicht die Verantwortung übernommen. Daher finden wir diesen Misstrauensantrag nicht glaubwürdig. – Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche zur Sache, auch wenn ich unter Umständen die Frage von Sanierungspolitik und Stabilitätsrat ausführlich begründen würde, warum es für uns die Gründe sind, diesem Antrag zuzustimmen. Wer meint, dass das nichts zur Sache tut und eine Abweichung von der Sache ist, der irrt.

(Beifall DIE LINKE, CDU)

Uns wird vorgeworfen, wir würden jetzt mit der CDU, Bürger in Wut und FDP gemeinsame Sache machen, weil wir einem Antrag zustimmen, der von denen gestellt worden ist.

(Beifall DIE LINKE, CDU und FDP – Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja! – Abg. Schäfer [ALFA]: Ja! – Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Haben Sie auch schon gemacht!)

Ich weise darauf hin, dass wir in diesem Parlament noch nie gefragt haben, wer beziehungsweise welche Fraktion einen Antrag gestellt hat,

(Abg. Schäfer [ALFA]: Kommt darauf an, wer das ist!)

sondern immer in der Sache entschieden haben. Das machen wir auch so weiter.

(Beifall DIE LINKE, CDU, FDP – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie wollten einen Richtungswechsel!)

Ein Antrag wird nicht dadurch falsch oder richtig, indem ihn eine Fraktion stellt, sondern er wird von uns in der Sache entschieden und nicht anders. Gerade wurde gesagt, dass wir für eine Große Koalition sind, wenn wir diesem Misstrauensantrag zustimmen.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat Frau Vogt gerade angemahnt! Einen Richtungswechsel!)

Entschuldigung! In diesem Saal haben die Sozialdemokratische Partei und die Grünen eine Mehrheit. Sie stellen die Regierung. Es ist die Entscheidung dieser Parteien, eine Große Koalition zu bilden oder irgendetwas anderes, und nicht unsere. Diese Parteien entscheiden das.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn wir heute diesem Antrag zustimmen, dann heißt das nur, dass wir der Meinung sind, dass diese Finanzpolitik in Bremen nicht richtig ist. Da können Sie gern anderer Meinung sein. Sie können uns gern dafür verhauen, dass diese inhaltliche Frage falsch ist. Aber uns zu unterstellen, dass wir damit eine Große Koa-

(C)

(D)

(A) lition herbeiführen, ist nicht unsere Frage. Das ist die Frage Ihrer beiden Parteien. Sie haben die Möglichkeit, eine andere Finanzsenatorin oder einen anderen Finanzsenator zu wählen, wenn dieser Misstrauensantrag angenommen wird. Es ist ihre Sache, nicht unsere.

(Beifall DIE LINKE)

Die Vorgänge um die Bremer Landesbank sind für uns nicht Grund, diesem Antrag zuzustimmen. Das haben wir auch begründet. Dafür ist noch vieles unklar. Alles deutet darauf hin, dass es in dieser Frage eher kein persönliches Versagen von Karoline Linnert allein gegeben hat. Wenn, dann war es unter Umständen das Versagen der gesamten Koalition.

Ich habe mir die Frage gestellt, ob es irgendwann ein Gespräch zwischen dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen und dem Bürgermeister von Bremen über diese Frage gegeben hat. Bislang habe ich davon nichts gehört. Das ist die Aufgabe der Zukunft. Wir werden dafür sorgen, dass diese Vorgänge im Controlling-Ausschuss so gut es geht aufgearbeitet werden. Deshalb sage ich hier ganz deutlich, dass es nicht die Begründung für die Tatsache ist, dass wir diesem Antrag zustimmen werden.

Noch einmal an die Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Es ist keine Verschwendung von Steuergeldern, wenn sich ein Land an irgendeinem Betrieb beteiligt.

(B)

(Beifall DIE LINKE)

Es ist mit Risiken verbunden, aber es ist keine Verschwendung. In der jetzigen Situation zu sagen, dass wir das so schnell wie möglich loswerden müssen, um mehr Arbeitsplätze zu sichern, ist ein Irrtum. Wenn wir in dieser Zeit die Bremer Landesbank nicht stützen, dann verspielen wir in Zukunft Einnahmen in Größenordnungen, die wir für zukünftige Haushalte dringend brauchen.

(Beifall DIE LINKE)

Ein Wort möchte ich noch zur Frage der Alternativen sagen. Zu Recht wurde gesagt – das will ich auch an dieser Stelle ganz deutlich sagen –, dass ich die Rede unseres respektierten Kollegen Röwekamp aus einem ganz besonderen Grund nicht ganz ehrlich fand. Zu Recht wurde gesagt: Wer hier und heute einem Misstrauensantrag zustimmt, braucht politische Alternativen, braucht eine andere Politik. Das mögen viele hier im Saal nicht richtig finden. Wir haben eine solche Alternative. Wir legen sie regelmäßig vor. Wir machen in jeder Haushaltsverhandlung klar, was wir wollen. An keinem Punkt haben die Große Koalition oder die CDU zugestimmt. Das macht Forderungen nach einem Alle-Mann-Manöver, nach Zusammenhalt und Zusammenstehen schwierig.

Ich sage an dieser Stelle auch ganz deutlich: Einen Weg, den bisher eingeschlagenen Sanierungspfad noch einmal zu verstärken und noch einmal zulasten der sozial Schwachen an der Kürzungsschraube zu drehen, das ist nicht unsere Richtung. Wir wollen eine andere Richtung. Es ist eine politische Alternative. Irgendwann werden die Wählerinnen und Wähler über diese Alternative zu entscheiden haben. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(C)

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe ein wenig Sorge nach dem, was der Kollege Tschöpe gesagt hat, dass alles nur destruktiv sei, was mit Misstrauensanträgen zusammenhängt.

(Zurufe SPD: Das stimmt! – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist laut Landesverfassung so!)

Dass die Sozialdemokraten, die einen solchen Antrag noch nie gestellt oder unterstützt haben, das prinzipiell erst einmal destruktiv finden, kann ich noch nachvollziehen. Die besondere Lage in unserem Land ist eben so, dass sich auch in den Beispielen, die Sie genannt haben, nämlich im Bundestag und auch in anderen Landtagen, der Misstrauensantrag immer gegen den Regierungschef richtet, der seine Minister ernennt, oder entlässt und wo die Minister nicht direkt durch das Parlament gewählt und deshalb auch von diesem kein unmittelbares Vertrauen geschenkt bekommen.

Wir haben in Bremen eine andere Tradition. Unsere Tradition ist, dass jedes Mitglied des Senats sein Amt durch eine Wahl durch die Bremische Bürgerschaft erhält. Dann ist es legitim, wenn das Parlament wählt, dass es auch jeden Senator abwählen kann. Das war in der Vergangenheit so, und ich finde das auch richtig, sehr geehrter Herr Tschöpe.

(D)

(Beifall CDU, FDP – Abg. Tschöpe [SPD]: Wir hatten Sie auch an Bord!)

Eine Koalition in der Opposition gibt es nicht. Auch das ist Ihnen fremd, weil Sie immer allein waren oder Koalitionen mit anderen Fraktionen hatten. Dass sich nun bei diesem Spektrum, das im Parlament vertreten ist, die Oppositionsparteien auf eine gemeinsame Alternative zu dieser Regierung verständigen, ist erstens nach der Verfassung nicht erforderlich, zweitens politisch völlig ungewöhnlich und drittens auch völlig ausgeschlossen. Es ist nicht erforderlich, dass wir Ihnen heute eine alternative Regierung benennen. Es wäre sogar anmaßend, wenn wir das täten. Wir

- (A) stellen zur Abstimmung, ob ein Mitglied dieser Regierung noch das Vertrauen dieses Hauses hat oder nicht. Das ist unser gutes Recht, sehr geehrter Herr Tschöpe.
- (Beifall CDU)
- Das ist nicht Farce und nicht Aufregung sondern ein in der Verfassung verbrieftes Recht. Ich finde es nicht in Ordnung, dass Sie, Frau Dr. Schaefer, uns dieses Recht absprechen, obwohl Sie es selbst so oft in Anspruch genommen haben. Das ist unaufrichtig, sehr geehrte Frau Schaefer.
- (Beifall CDU – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das tue ich nicht!)
- Ich bin natürlich nicht geneigt, in eigener Sache etwas zu sagen. Ich finde es etwas mühsam, Vorgänge für die Ablehnung eines Antrags heranzuziehen, die zehn Jahre zurückliegen.
- (Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: So oft?)
- Ich will an dieser Stelle nur sagen, dass ich nicht die ganze Zeit auf der Regierungsbank gesessen habe, als der Antrag debattiert wurde, und gelacht und gelächelt. Ich habe das, was Sie damals gemacht haben, sehr, sehr ernst genommen, Frau Dr. Schaefer.
- (B) (Beifall CDU – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ging darum, Verantwortung zu übernehmen!)
- Deswegen hat es damals natürlich Konsequenzen gegeben. Das Verfahren, das dabei zur Anwendung gekommen ist und zum Tod dieses Menschen geführt hat, ist sofort gestoppt worden. Dieses Verfahren wurde seitdem weder unter meiner noch unter anderer Verantwortung jemals wieder in Bremen angewendet.
- Ich habe meinen Fehler, die Öffentlichkeit falsch informiert zu haben, unumwunden und sofort eingestanden. Ich finde, das ist der Unterschied. Fehler machen ist okay. Fehler bekennen ist schwierig, aber notwendig, um daraus die Konsequenzen zu ziehen und auch das Vertrauen wiederzugewinnen. Ich finde, das hat Frau Linnert bis heute nicht getan. Das macht den Unterschied aus.
- (Beifall CDU, ALFA)
- Ich habe noch eine dritte kurze Bemerkung, weil es immer wieder durcheinandergeworfen wird: Ja, wir haben kritisiert, dass dieses Parlament einen Haushalt auf den Weg gebracht und beschlossen hat, der eine Überschreitung der Kreditobergrenze beinhaltet. Ja, wir halten es auch mit der Verfassung nicht für vereinbar. Das ist aber nie die Kritik des Stabilitätsrats gewesen, die zu dem blauen Brief geführt hat, den es nach Auskunft der Finanzsenatoren in der „taz“ gar nicht gibt. Alle reden hier vom blauen Brief. Die Einzige, die sagt, dass es keinen gebe, ist die Senatorin.
- (C) Es gibt einen Brief, und ob er blau ist oder nicht, darüber kann man streiten. In diesem Brief steht, dass 2013 eine Warnung erfolgt ist. Da gab es noch keine flüchtlingsbedingten Mehrkosten. Ferner ist 2014 gewarnt worden. Auch da gab es noch keine flüchtlingsbedingten Mehrkosten. Auch 2015 ist gewarnt worden. Da war noch nicht absehbar, in welcher Höhe und in welchem Umfang flüchtlingsbedingte Mehrkosten anfallen.
- Alle Warnungen sind von Ihnen unbeachtet gelassen worden. Ihr habt nichts getan. Ihr habt uns keine Sanierungsanstrengungen nachgewiesen. Ihr habt uns keine Verstärkung eurer Sanierungsbemühungen gezeigt. Deshalb fordern wir euch jetzt letztmalig auf, nicht einen neuen Haushalt für 2016 zu beschließen, das steht nicht darin. Wir fordern euch auf, bis zum 30. Juli einen neuen Sanierungsplan mit nachhaltigen Konsolidierungsbemühungen nachzuweisen. Das hat mit der Mehrheit in diesem Hause nichts zu tun, sondern damit, dass alle Warnungen, die vorher ergangen sind, an der Senatorin einfach abgeprallt sind. Sie hat nichts getan.
- (D) Das ist ein ganz ernst zu nehmender Vorwurf, da er die Zukunftsfähigkeit und die Konsolidierung unseres Bundeslandes betrifft. Es ist keine Lappalie. Es hat nichts mit 2016 zu tun.
- Wer solche Themen aussitzt, nimmt seine Verantwortung eben gerade nicht wahr. Wer einen blauen Brief bekommt, hat Fehler in der Vergangenheit gemacht. Wer diese nicht einräumt, hat das Vertrauen des Parlaments nicht verdient. – Vielen Dank!
- (Beifall CDU)
- Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.
- Abg. Tschöpe (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, Herr Kollege Röwekamp, die Landesverfassung in Bremen sieht ein destruktives Misstrauensvotum als Recht des Parlaments vor. Ja, in Bremen bedarf jede Senatorin, jeder Senator einer Mehrheitsentscheidung des Parlaments, um ins Amt zu kommen. Genauso kann sich das Parlament auch dafür entscheiden, einzelnen Senatoren das Misstrauen auszusprechen und sie damit abzurufen. Das habe ich Ihnen überhaupt nicht abgesprochen.
- (Abg. Rupp [DIE LINKE]: Geht auch nicht! Steht ja in der Verfassung!)
- Dass ein destruktives Misstrauensvotum rechtmäßig ist, auch von der Funktion her, kann niemand bestrei-

(A) ten. Wir haben hier eine, wie ich finde, lebhaftige Debatte erlebt, die aber sehr deutlich gemacht hat, welche Gründe in den einzelnen Fraktionen dafür sprechen, Ihrem Antrag zu folgen. Sie haben eben genau eingeräumt, dass es jenseits von Rot-Grün keine andere Mehrheit gibt, die zurzeit dieses Land regieren kann.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Was soll dieser Antrag anderes tun, als die Koalition zu prüfen, ob wir alle unsere Abgeordneten in die Kabine bekommen? Einen anderen Grund kann es nicht geben. Dann, ganz ehrlich, Kollege Röwekamp, relativiert sich das Ganze schon. Wenn Sie inhaltlich recht hätten, müsste die Entscheidung aller einzelnen Abgeordneten jenseits von Fraktionsbindungen darauf zurückgeführt werden können, was eigentlich mit einem destruktiven Misstrauensvotum erreicht werden soll: als Parlament eine individuelle Verantwortung einzelner Regierungsmitglieder zu bewerten.

Wenn man sich das so vornimmt, stellt man fest, dass es diese individuelle Verantwortung von Karoline Linnert in den vorgeworfenen Punkten, nämlich ihr Verhalten gegenüber dem Stabilitätsrat, nicht gibt, dass es dieses Verhalten der Funktion als Aufsichtsratsvorsitzende der BLG nicht gibt, auch als Mitglied der Trägerversammlung gibt. Dann ist man am Ende wieder bei der Situation zu fragen: Mag ich Karoline Linnert? Oder: Macht sie in meinen Augen die richtige Politik? Dann ist die Antwort von vielen hier, ich sage es einmal sehr pointiert: Frau Vogt, ich finde, Sie haben zur Sache gesprochen.

(B)

(Beifall CDU, FDP – Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Ich auch!)

Ich teile die Position nicht, aber das eines klar ist: Wenn man sagt, man will jemanden nicht als Finanzsenator haben, weil er die Vorstellung nicht erfüllt, dass man in jedem Jahr 300 Millionen Euro mehr ausgibt, dann kann ich verstehen, dass man ihm nicht vertraut, weil man eben möchte, dass er 300 Million Euro mehr ausgibt.

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Genau!)

Insofern ist das eine ehrenwerte Position, aber ich finde sie trotzdem falsch.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das macht doch deutlich, Kollege Röwekamp, dass es hier gerade nicht darum geht – das müssen wir uns alle eingestehen –, einen Richtungswechsel zu erzwingen, weil wir feststellen, dass DIE LINKE in die eine Richtung will und Sie in die andere. Bei der FDP weiß ich noch nicht, in welche Richtung sie möchte.

Der Rest, der hier sitzt, hat keine Richtung, zumindest hat er keine Orientierung.

(C)

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe ALFA)

Letztlich muss jeder, der sich heute hier entscheidet, wissen, ob er seine Stimme für Misstrauen, Destabilisierung abgeben oder sich dafür entscheiden will, zu bewerten, wie das Verhalten von Karoline Linnert war. Ich habe das getan. Eine andere Wertung kann man, wenn man sich die Fakten anschaut, auch gar nicht vornehmen.

Ein letzter Appell: Lassen Sie uns gemeinsam für die Zukunft der Bremer Landesbank kämpfen und das nicht als Vehikel für einen kleinlichen Machtkampf nutzen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Sieling.

Bürgermeister Dr. Sieling*): Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren! Es wird Sie nicht verwundern, dass ich das, was die beiden Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen ausgeführt haben, ausdrücklich teile. Ich begrüße es auch sehr, dass dabei sehr deutliche Worte zu dem öffentlichen Theater der letzten Wochen, welches insbesondere – das muss man sagen – von der CDU inszeniert worden ist, gefunden worden sind.

(D)

(Beifall SPD)

Ich will aber auch sehr deutlich meine Sorge ausdrücken, dass ich finde,

(Abg. Bensch [CDU]: Jetzt ist spätestens Schluss! – Zurufe CDU – Zuruf: Lasst doch mal ausreden!)

dass der Einsatz wichtiger parlamentarischer Rechte, begonnen beim Untersuchungsausschuss, ein Misstrauensvotum, aber auch die Anrufung des Staatsgerichtshofs in den letzten drei Wochen in einer nahezu spielerischen Art und Weise, mit den Bällen jonglierend, hier eingebracht und wieder gestrichen worden ist. Ich halte das für eine große Gefahr für einen ernsthaften, dem Land Bremen verantwortlichen politischen Stil.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Insbesondere halte ich es für eine Gefahr, wenn ich mir anschau, dass der nicht leichte Vorwurf der Verfassungswidrigkeit des Landeshaushalts en passant damit vom Tisch gewischt wird, dass man Terminsorgen hat. Es ist unverantwortlich, damit so umzugehen. Es hat sich in der Sache nichts geändert. Wenn

- (A) Sie das ernst gemeint hätten, hätten Sie es beibehalten müssen. Sie spielen und nehmen die Menschen in Bremen und Bremerhaven nicht ernst. Das kann nicht so weitergehen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte Sie wirklich darum, das zu ändern. Ich verstehe die heutige Zusammenfassung in diesem versuchten Misstrauensantrag so, dass Sie versuchen wollen, vor der Sommerpause noch reinen Tisch zu machen und danach bitte ordentliche, sachbezogene Oppositionsarbeit machen. Wir können das in diesem Land gut gebrauchen. Gehen Sie daran!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Kastendiek [CDU]: Gut, dass wir Sie nicht zufriedenstellen!)

Zur Sache will ich gern auch aus Sicht des Senats zu dem vermeintlich und angeblich verfassungswidrigen Haushalt etwas sagen. Es ist schon darauf hingewiesen worden, wie wir das auch rechtlich abgesichert haben, übrigens mit einem Gutachter, der auch auf Bundesebene große Beachtung findet, weil er bisher das Land Bayern vertreten hat und schon mit großer Aufmerksamkeit gesehen worden ist, dass dort unsere Position in diesem Fall unterstützt worden ist und unterstützt wird.

- (B) Ich will auch einmal in der Sache sagen, da Sie sagten, dass dieser Haushalt verfassungswidrig sei, wir hätten als Koalition beziehungsweise der Senat hätte Einsparungsvorschläge unterbreiten und einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können: Ich will nicht darüber reden, dass die CDU-Fraktion keinen einzigen Vorschlag eingebracht hat, sondern dass der Haushalt für das Jahr 2016 um 280 Millionen Euro umfangreicher geworden ist, weil wir gesagt haben, dass wir die Flüchtlinge nicht gegen die Menschen in Bremen und Bremerhaven ausspielen. Das ist der Grund.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das sind 280 Millionen Euro. Die FDP hat sich hingesetzt – das finde ich parlamentarisch sehr anerkennenswert –, Vorschläge unterbreitet und den Bremerinnen und Bremern, den Bremerhavenerinnen und Bremerhavenern aufgezeigt, was es heißen würde, 200 Millionen Euro einzusparen. Mit Ihren Vorschlägen wären sie beim Stabilitätsrat nicht durchgekommen. Trotzdem war es schon ein Programm des Kahl-schlags und zeigt, wie notwendig unser Ansatz für den Zusammenhalt und das Wachstum in unserem Land ist und wie richtig das war.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will die anderen Argumente nicht wiederholen, sondern nur sagen, dass die Finanzsenatorin vor dem

Hintergrund großer Verantwortung gehandelt hat. Wir haben uns – ich bedanke mich noch einmal beim Parlament – mehr Zeit im Senat lassen. Sie haben das Verfahren beschleunigt. Wir haben uns die Zeit gelassen, weil die Finanzsenatorin gesagt hat, dass wir diese Zeit brauchen und wir das sorgfältig und gut begründet Punkt für Punkt machen müssen. Das haben wir geschafft. Herzlichen Dank an Karoline Linnert für diese großartige Leistung!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Nun kommt jeder Vorwurf – der Abgeordnete Röwekamp spricht davon –, wir hätten uns seit 2013 solche Warnhinweise eingehandelt. Ich will das einmal sortieren. Als Rot-Grün 2007 die Koalition und den Senat gebildet hat, hatten wir eine Situation, in der wir nicht wussten, wie es finanzpolitisch weitergeht.

Es ist dann erreicht worden, dass wir Konsolidierungshilfen bekommen. Diese bekommen wir seit 2011. Es sind 300 Millionen Euro. 2011 haben wir den Haushalt für 2011 vorgelegt und haben 300 Millionen Euro bekommen. 2013 haben wir den Haushalt vorgelegt und 300 Millionen Euro bekommen. 2014 haben wir den Haushalt vorgelegt und 300 Millionen bekommen. Auch für 2015 hat Karoline Linnert vor wenigen Wochen 300 Millionen Euro mitgebracht. 1,5 Milliarden Euro hat diese Finanzsenatorin nach Bremen gebracht!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das begründet kein Misstrauen, sondern Unterstützung und nichts anderes.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Nun kommt Herr Röwekamp und behauptet in einer sehr freien Interpretation, was in dem Brief steht. Darum habe ich mir das, was der Stabilitätsrat beschlossen hat, noch einmal vorgenommen. Es gibt vorher nichts in dieser Art. Es ist kein Wort davon, Sie werden es hören, dass man immer schon gewarnt hätte und jetzt würde es reichen. Das war ja Ihr Argument.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Ist denn vorher gewarnt worden?)

Auch wenn gewarnt worden ist, hat es immer Diskussionen gegeben. Ich habe es eben gesagt. In jedem Jahr haben wir das Ziel erreicht und 300 Millionen Euro bekommen, ohne CDU im Senat.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ein CDU-Finanzsenator hat das, jedenfalls nach meiner Erinnerung, in der Vergangenheit oft nicht geschafft. Der Stabilitätsrat stellt fest – das ist der Text –, dass Bremen die für das Jahr 2015 vorgesehenen

(C)

(D)

(A) Sanierungsmaßnahmen umgesetzt hat. Die vorgegebene Obergrenze der Nettokreditaufnahme wurde eingehalten. Die 2016 geplante Nettokreditaufnahme, das ist jetzt der Punkt für den Sanierungsgang, der nächstes Jahr überprüft wird, ist mehr als doppelt so hoch wie die Obergrenze der Nettokreditaufnahme nach der Sanierungsvereinbarung.

(Abg. Imhoff [CDU]: Ach nein!)

Richtig, das war die politische Entscheidung, die flüchtlingsbedingten Mehrkosten separat auszuweisen, nichts anderes ist der Hintergrund.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Dann sagt der Stabilitätsrat, die vom Land für das Jahr 2016 ergriffenen und im Sanierungsprogramm angekündigten Maßnahmen reichen nicht aus, um den vereinbarten Sanierungsplan einzuhalten, und fordert uns zur verstärkten Haushaltssanierung auf. Das ist die Konsequenz und dessen Auffassung. Wir werden das jetzt nacharbeiten, aber wir haben unsere Rechtsposition. Mit dieser stehen wir sehr gut da. Ich bin sehr sicher, dass wir die Arbeiten, die hier zu leisten sind, leisten werden. Wir werden auch im nächsten Jahr erfolgreich sein.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Das zweite Thema, das zur Begründung eines Misstrauensantrags herangezogen wurde, ist der Vorwurf bei der Bremer Landesbank und ihren wichtigen Herausforderungen. Das ist hier vielfach dargelegt worden. Der Kollege Björn Tschöpe hat es sehr gut verdeutlicht, wie die Verantwortung nach den unterschiedlichen rechtlichen Situationen ist. Das hat sehr zur Sachaufklärung beigetragen.

Der Vorwurf, dass sich eine Finanzsenatorin mit Elan und Vehemenz für Bremen und die Bremer Landesbank einsetzt und man sich dabei im Ton vergriffen habe, dass dieses Engagement einen Misstrauensantrag begründet, ist schon abenteuerlich. Ich erwarte vom Senat und von meiner Finanzsenatorin und Bürgermeisterin Linnert, dass sie so vorgeht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das hat sie getan und mit allem, mit dem man kämpfen kann, gekämpft.

Ich will auch noch ein Wort zur Situation der Bremer Landesbank sagen, weil wir uns von einem Zeitungskommentar zum nächsten handeln müssen. Wir bekommen von selbst ernannten Fachleuten viele Einschätzungen. Wir haben Substanz. Leute, die die harte Substanz bewerten können, möchte ich einmal zu Wort kommen lassen, und zwar den Präsidenten des Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschon.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Sagen Sie ruhig Herr Hickel!)

Früher war er Finanzminister in Bayern und Politiker der CSU. Er sagte in einem Interview der „Wirtschaftswoche“ auf die Frage, warum jetzt die Bremer Landesbank gerettet werden müsse – ich zitiere –: „Die Bremer Landesbank ist seit vielen Jahren ertragreich und solide. Der Kapitalbedarf ist wegen Wertberichtigungen in einem Geschäftsbereich entstanden. Die Eigentümer haben sehr schnell klargemacht, dass sie zu ihrer Verantwortung stehen. Solch entschlossenes Handeln würde ich mir auch bei anderen Banken wünschen.“ Der Mann hat Ahnung, und er hat recht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Eckhoff [CDU]: Wo ist das Gutachten dazu? Das gibt es nicht!)

Ich würde mir so etwas auch häufiger aufgeschrieben und ausgesprochen von allen, die sich hinter Bremen stellen, wünschen. Bei diesem Misstrauensantrag und gerade bei der Frage der Bremer Landesbank geht es natürlich auch um Politik. Das kann hier niemand wegreden. Ich werde gleich etwas dazu sagen, dass man hier der Auffassung ist, es sei eine Sachfrage, bei der man einmal so und einmal so als Fraktion Koalitionen bilden könnte. Nein, das ist hier etwas mehr. Dass es sich um Politik handelt, konnte man sehr schön an dem Interview sehen, das Jens Eckhoff vorgestern dem „Weser-Kurier“ gegeben hat und das gestern abgedruckt worden ist. Dort findet sich zum einen der Hinweis auf die Frage, dass Bremen die Bank mit eigenen Mitteln hätte stützen sollen. Das ist, schlank ausgesprochen, schon der Hinweis auf die rechtlichen Dinge, die geprüft worden sind. Natürlich ist darüber gesprochen worden.

Ich will aber auch einmal auf Folgendes hinweisen: In diesen Zeiten, in denen man auf der einen Seite aus derselben Partei das Misstrauensvotum begründet, man sei zu leichtfertig mit dem Haushalt umgegangen, sagt man hier en passant: Greift doch einfach einmal hinein, holt 200 Millionen Euro und steckt sie in die Bank, aber wir wissen nicht, wie die Zukunft aussieht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist nicht solide. So einfach ist das nicht. Wir werden für die weiteren Verhandlungen alle Optionen im Auge behalten. Dafür steht die Finanzsenatorin, die auch nach dem heutigen Tag diese Verhandlungen weiterführen wird.

Ich komme zu einem zweiten Punkt, bei dem die Politik deutlich wird, um die es hierbei geht. Da schlägt der Abgeordnete Eckhoff vor – wahrscheinlich in Erinnerung an seine zweifelhaften und jedenfalls damals Gott sei Dank nicht realisierten Taten als damaliger

- (A) Bausenator –, dass man doch einfach ein paar Anteile der GEWOBA herausnehmen und damit dieses Geld finanzieren könne. Ich will hier einmal sagen: Wir werden alles dafür tun, dass GEWOBA und BLG in dieser Situation gesichert werden.
- (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich sage Ihnen von der CDU an dieser Stelle: Lassen Sie die Finger von der GEWOBA! Hier geht es um viele Menschen. Hier geht es um gutes Kapital, das darin steckt.
- (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Wir lassen es nicht zu, damit zu spielen.
- (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Damit wird deutlich, dass es bei diesem Misstrauensantrag der politischen Alternative, die diese breite Oppositionsbewegung aus sechs Gruppierungen hier hat, nicht einfach nur um Sachfragen geht. Wer sich dem angliedert, gliedert sich auch solchen Vorschlägen an. Ich sage das hier in aller Deutlichkeit. Die verzweifelten Reden, sowohl von dem Abgeordneten Rupp als auch von der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, haben gezeigt, in welchem Erklärungsbedarf man ist.
- (B) (Zurufe CDU)
- Den Vorwurf müssen Sie, Herr Bensch, sich gefallen lassen!
- (Zurufe CDU)
- Sie, die Christdemokraten, als stolze Volkspartei,
- (Abg. Bensch [CDU]: Unmöglich! Anmaßung! – Zurufe CDU)
- als selbst ernannte Kanzlerpartei, machen sich hier die Bürger in Wut, die Wutbürger, als fünfte Kolonne zunutze, um diesen Antrag auf den Weg zu bringen. Das ist Ihrer nicht würdig.
- (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Das ist auch Bremens nicht würdig. Das ist nicht das, was wir für die Zukunft unseres Landes brauchen.
- (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe CDU)
- Ich spreche das hier in der Deutlichkeit an, weil damit meine Hoffnung verbunden ist, dass sich die Oppositionsarbeit verändert und sachbezogen wird, so
- dass wir etwas gemeinsam für Bremen und Bremerhaven erreichen.
- (C) (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Allianzen dunkler Parteifarben, wie sie hier mit sechs Gruppierungen vertreten sind, kann man Bremen nicht anvertrauen. Deshalb bitte ich sehr darum, diesen Misstrauensantrag abzulehnen. Stimmen Sie mit Nein. Dieser Senat wird weiter seine Arbeit machen. – Herzlichen Dank!
- (Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Präsident Weber:** Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen, und zwar von dem Abgeordneten Röwekamp und der Abgeordneten Frau Vogt.
- Bitte, Herr Kollege Röwekamp!
- Abg. Röwekamp (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wünschte, der Bürgermeister würde so viel lesen wie der Fraktionsvorsitzende der SPD. Dann wüsste er, dass er mit den Worten „als fünfte Kolonne zunutze machen“ historisch und auch in diesem Parlament, was den Umgang miteinander betrifft, vollständig danebengegriffen hat.
- (Beifall CDU, FDP, ALFA) (D)
- Zweite Bemerkung: Ich wünschte, der Bürgermeister würde das verstehen, was er liest.
- (Heiterkeit, Beifall CDU)
- Der Kollege Eckhoff hat in dem Interview an keiner Stelle ins Gespräch gebracht, die zurzeit bei der Bremer Landesbank gehaltenen Anteile an der GEWOBA zu verkaufen. Er hat ins Gespräch gebracht – darüber können wir uns noch einmal vertraulich austauschen, wenn Sie sich mit den Verhältnissen in unserem Land ein wenig vertraut gemacht haben, Herr Bürgermeister –
- (Beifall CDU – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie arrogant ist das denn?)
- und lediglich darüber gesprochen, mit welchem Buchwert dieser Anteil zurzeit in der Bremer Landesbank bewertet wird. Ich sage ganz ehrlich, wenn Sie sich einmal informieren, vielleicht bei Ihren Mitarbeitern im Rathaus, die auch im Aufsichtsrat der GEWOBA sitzen, dann werden Sie vielleicht mit dem Kollegen Eckhoff gemeinsam zu der Erkenntnis kommen, dass zurzeit der Anteil an dieser für Bremen politisch, aber auch fiskalisch wertvollen Gesellschaft in den Büchern der Bremer Landesbank noch Bewertungsreserven nach oben hat.

(A) (Abg. Leidreiter [ALFA]: Weiß er denn, was das ist?)

Solche Bewertungsreserven könnte man sicherlich einsetzen, um die Krise, in der sich die Landesbank derzeit befindet, zu mildern. Nicht mehr und nicht weniger hat der Kollege Eckhoff gesagt, und ich sage Ihnen, ich finde diese Überlegung fiskalisch hundertprozentig richtig, Herr Bürgermeister.

(Beifall CDU – Zuruf Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen])

Dritter Punkt: Wir haben als CDU-Fraktion natürlich ein Interesse daran, aufzuklären, wie es zu dieser Schieflage bei der Bremer Landesbank gekommen ist.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein parlamentarischer Zwischenruf ist erlaubt!)

Frau Schaefer, hören Sie doch erst einmal zu, bevor Sie meckern! Deshalb bin ich Ihnen, Herr Gottschalk, sehr dankbar, dass wir gestern in der konstituierenden Sitzung des Controllingausschusses auf Vorschlag der CDU, aber auch mit Unterstützung der Koalition, vereinbart haben, dass das Thema Bremer Landesbank unmittelbar nach der Sommerpause nach Vorlage aller relevanten Unterlagen, die wir dafür brauchen, das Thema der Beratung in diesem Ausschuss wird. Ich halte es für erforderlich, dass wir erstens aufklären, wie es zu dieser Schieflage überhaupt kommen konnte – nicht um Verantwortlichkeiten zu definieren, sondern um zu vermeiden, dass so etwas wieder passiert.

(B)

Zweitens halte ich es für erforderlich, dass wir in diesem Ausschuss den weiteren Gang der Verhandlungen über die Zukunft unserer Anteile begleiten. Das ist es, was wir gestern miteinander in diesem Ausschuss verabredet haben. Ich finde, das ist die sachgerechte Antwort auf die Frage, wie wir eigentlich mit dem Thema Bremer Landesbank inhaltlich, aber vertrauensvoll zum Wohle der Bank und der dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um. Das ist kein Populismus, sondern sachkundige Aufklärung. Ich bin dankbar, dass wir das gestern miteinander verabreden konnten, sehr geehrter Herr Gottschalk.

(Beifall CDU)

Deswegen sage ich abschließend noch einmal, dass es heute nicht darum geht, eine neue Regierung zu bilden, auch wenn es dazu vielleicht genug Gelegenheit gäbe. Es geht darum, ein legitimes Recht aus der Verfassung in Anspruch zu nehmen. Sie haben völlig recht, Herr Tschope, ein Misstrauensantrag hat in der Sache selten Erfolg. Ich habe in der Kommentierung zur Landesverfassung gelesen, dass entgegen meiner Annahme der Misstrauensantrag gegen Herrn

Fücks ein Erfolg gewesen sei – weil ich daran beteiligt gewesen war, hatte ich mich darüber auch gefreut –, falsch ist, weil die zweite Stufe des Misstrauensantrags, die Ersatzwahl, nicht gekommen ist.

(C)

Es ist jetzt eine sehr juristische Auseinandersetzung. Bei jedem Misstrauensantrag, der in Deutschland gestellt, über den debattiert und abgestimmt wird, wird nicht in erster Linie nur darauf geschaut, ob er die notwendige Mehrheit hat. Er dient auch immer dazu, zu überprüfen, ob der Betreffende, in diesem Fall die Finanzsenatorin, noch die notwendige Unterstützung der Mehrheit unseres Parlaments hat, eines Parlaments, in das Sie alle gewählt worden sind, weswegen man nicht sagen kann, dass man mit einigen aus diesem Parlament reden, debattieren, Anträgen zustimmen, Anträge ablehnen oder sonst etwas darf.

Dieses Parlament, jeder einzelne Abgeordnete, hat eine demokratische Legitimation. Insofern, Herr Bürgermeister, ist es auch nicht in Ordnung, wenn Sie dem Parlament vorschreiben wollen, wer mit wem welche Anträge berät, stellt oder darüber abstimmt.

(Beifall CDU – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Man darf sich schon wundern, mit wem man das macht!)

Herr Bürgermeister, Sie haben eine noch geringere Legitimation. Sie sind durch niemanden in dieses Hause gewählt worden.

(D)

(Beifall CDU, ALFA)

Präsident Weber: Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)*: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte eigentlich gedacht, ich melde mich nicht noch einmal. Aber der Redebeitrag des Bürgermeisters hat mich dann doch dazu veranlasst.

(Beifall ALFA)

Ich muss ehrlich sagen, ich bin froh, dass wir in diesem Hause – sieht man einmal von dem Rand dort hinten ab – andere Gepflogenheiten haben, ernste Debatten zu führen, als Sie es heute getan haben.

(Beifall CDU, FDP)

Ich bin seit Tagen etwas verwundert, wie in dieser Stadt, aber auch hier teilweise von Ihnen argumentiert wird, wenn Fraktionen, die demokratisch gewählt sind, ihre demokratischen Rechte in Anspruch nehmen. Ehrlich gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, bin ich der Meinung, dass demokratische Prozesse immer Aushandlungsprozesse sind. Wenn man das demokratietheoretisch betrachtet, muss auch jede de-

- (A) demokratische Fraktion in der Lage sein, mit anderen demokratischen Fraktionen zu koalieren. Dass zwischen CDU und LINKEN in der Frage der Finanzpolitik, die hier zur Diskussion steht, und deren Auswirkungen komplett unterschiedliche Vorstellungen herrschen, ist bekannt.
- Es ist aber nicht das Problem, wenn wir sagen, dass wir eine Situation haben – es ist so, dass ich damit zur Sache gesprochen habe –, in der wir neun Jahre nach dem Antritt von Rot-Grün das Bundesland mit der höchsten Armutsquote und der größten Stagnation in dem Bereich sind, dass zwei Fraktionen, die sich hier damit ernsthaft auseinandersetzen, sagen, dass wir einen neuen haushalts- und finanzpolitischen Kurs benötigen. Das ist Sache der parlamentarischen Opposition, darüber hier zu diskutieren. Letztlich ist es sehr komisch, dass mit dieser Frage der Untergang des Abendlandes beschworen wird,
- (Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat keiner gemacht!)
- wenn wir unsere demokratischen Rechte wahrnehmen.
- (Beifall DIE LINKE, CDU)
- (B) Nur einmal ganz nebenbei, Frau Dr. Schaefer: Es gab einmal einen Antrag von CDU und Bürger in Wut zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, nämlich den des Keime-Skandals. Den haben wir alle mitgetragen, auch Sie. Das möchte ich nur einmal ganz nebenbei sagen.
- (Beifall DIE LINKE, CDU)
- Ich hätte mir allerdings trotzdem nicht die Bürger in Wut zum Antragsteller geholt. Die Koalition aus FDP und CDU ist letzten Donnerstag an dieser Frage zerbrochen, warum auch immer. Es wäre natürlich einfacher gewesen zu sagen, dass es dann vielleicht für Sie auch einfacher gewesen wäre, sich mit unseren Inhalten auseinanderzusetzen, anstelle dieses verzweifelten Abhebens auf vermeintliche Koalitionen, die es inhaltlich so gar nicht gibt.
- (Beifall DIE LINKE)
- Ich möchte abschließend zwei Dinge sagen: Zunächst, um noch mal einen Schwenk zur BLB zu machen: Frau Linnert, ich habe eben gesagt, ich liebe harte Verhandlungsführerinnen. Das glaubt mir sicher auch jeder, der mich kennt. Beim Pokern hat man aber entweder etwas in der Hand oder kann gut bluffen, oder steigt aus. Das ist mein Problem. Ich hätte mir vom gesamten Senat, weil ich jetzt viel zur Haushaltspolitik gesagt habe, rechtzeitig gewünscht, dass man das Signal gibt oder in Erwägung zieht, die Kapitalerhöhung tatsächlich durchzuziehen, um die Anteile an der BLB zu retten. Genau dieses Signal haben Sie nicht gegeben, das hat aber auch der gesamte Senat nicht gegeben. Das ist wirklich der einzige Punkt, den wir in dieser Frage hoch problematisch finden.
- (C)
- (Beifall DIE LINKE)
- Es ist tatsächlich so, dass Bremen sich diesen haushaltspolitischen Kurs der vergangenen Jahre nicht mehr lange wird leisten können, oder wenn, dann zu einem sehr hohen Preis. Unsere Fraktion möchte diesen Preis nicht bezahlen. Das haben wir oft genug gesagt.
- Wenn diese Debatte heute hier dazu führt, dass es zwar keine Neuwahlen gibt, vielleicht aber irgendwann einmal beim Senat – obwohl ich nach der Rede des Bürgermeisters meine Zweifel habe – oder bei den Regierungsfractionen, deren sachliche Zusammenarbeit ich sehr schätze, ankommt, sich doch einmal in die eine oder andere Richtung zu bewegen, dann hat Bakunin vielleicht doch recht gehabt, dass jeder Aufruhr am Ende irgendwann nützlich ist. – Danke!
- (Beifall DIE LINKE)
- Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Bürgermeister Dr. Sieling.
- (D)
- (Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Ich könnte auch darauf verzichten!)
- Bürgermeister Dr. Sieling*:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Abgeordnete! Ich will auf den Hinweis zum Interview mit dem Abgeordneten Eckhoff eingehen, da dort ausdrücklich steht: „durch Herausnahme bestimmter Beteiligungen der Landesbank wieder Liquidität hinzufügen“.
- Man muss sich sehr genau anschauen, wie die Konstruktion dort ist. Es gibt eine Gruppe aus Banken, die 26,1 Prozent an der GEWOBA halten. Wenn eine dieser Banken aussteigen will – es gab immer wieder einzelne kleinere, die aussteigen wollen –, dann müssen sie ihren Anteil erst einmal den anderen Banken andienen. Erst wenn dort niemand kaufen sollte, ist man in der Situation, dies im Weiteren nutzen zu können. Von den Banken, die neben der Bremer Landesbank dabei sind – die Sparkasse Bremen, aber auch die Commerzbank und Santander –, ist es eine nicht einfache Frage, wie man damit umgeht. Es ist jedenfalls keine Frage, die man einmal so eben in einem Interview niederschreibt, jedenfalls nicht, wenn es um solche wichtigen Perspektiven geht.
- (Abg. Eckhoff [CDU]: Deshalb hätten wir uns ja gefreut, wenn wir in den letzten acht Wochen einmal eine Untersuchung bekommen hätten! Die liegt aber leider nicht vor!)

(A) Seien Sie gewiss, dass wir in einer Situation, in der es um die grundsätzliche Richtung des Umganges mit der Bremer Landesbank geht, nicht anfangen zu filitieren. Das haben wir nicht getan, und das tun wir nicht. Es war richtig, dass die Finanzsenatorin das als Aufsichtsratsvorsitzende nicht getan hat.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hätte den Aufstand hier einmal sehen wollen. Wenn es jetzt in die weitere Entwicklung geht, wird man über alles reden müssen. Wir wollen natürlich den richtigen Einfluss in diesen Bereichen nennen. Mich hat nur alarmiert, dass dieses Stichwort gleich wieder von der Seite der CDU gekommen ist.

Dann möchte ich noch sagen, dass ich dem Parlament überhaupt nichts vorschreibe.

(Abg. Imhoff [CDU]: Danke!)

Ich weiß gar nicht, was hier oder dort gesagt wird. Jeder kann Anträge unterstützen, wie er oder sie will. Das ist ein völlig legitimes Recht. Aber Sie müssen sich natürlich sagen lassen, welche politischen Konstellationen und Bündnisse Sie eingehen,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

(B) damit man in Bremen und Bremerhaven weiß, mit wem man es zu tun hat. Dieser Senat wird von zwei soliden, verlässlichen Fraktionen gestellt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Lachen ALFA – Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Was ist mit der fünften Kolonne?)

Darauf können sich die Menschen verlassen. Das soll auch so bleiben. Deshalb wird es heute ein klares Votum dafür geben, dass die Finanzsenatorin das Vertrauen bekommt, das sie verdient, und das Misstrauen abgelehnt wird. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat zu Beginn der Sitzung beschlossen, dass die Abstimmung geheim in Kabinen erfolgt. Das Verfahren richtet sich analog nach Paragraph 58 Absätze 5 und 6 unserer Geschäftsordnung.

Lassen Sie mich einige Anmerkungen zum Verfahren machen. Ich bitte Sie alle, aus gegebenem Anlass Platz zu nehmen. Schriftführerin und Schriftfüh-

rer haben Stimmzettel zurückzuweisen, die außerhalb der Kabine gekennzeichnet oder in den Umschlag gelegt wurden oder nicht in den Wahlumschlag gelegt wurden. Außerdem sind Stimmzettel zurückzuweisen, die sich in einem Wahlumschlag befinden, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält. Stimmzettel, die Zusätze oder Kennzeichnungen enthalten, sind ungültig, wenn sie den Willen des Abstimmenden nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder die Person des Wählers erkennbar wird. Sie haben die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Enthaltung abzustimmen. Ja beinhaltet die Zustimmung zum Antrag, Drucksache 19/653, Nein bedeutet die Ablehnung dieses Antrags.

Ich bitte nun die Schriftführerin und Schriftführer, ihre Plätze an den Wahlkabinen einzunehmen.

Die Ausgabe der Stimmzettel und Umschläge erfolgt nach Namensaufruf an dem Tisch rechts, jeweils neben der Wahlkabine.

Besteht Klarheit, wie die Abstimmung durchgeführt wird? – Ich sehe, das ist der Fall.

Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, ihre Stimme in der jeweiligen Wahlkabine abzugeben.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Haben alle Abgeordneten die Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall.

Dann ist die Abstimmung beendet.

Wir kommen jetzt zur Auszählung der abgegebenen Stimmen.

Ich bitte Schriftführerin und Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

Ich unterbreche die Sitzung, bis das Ergebnis vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 13.06 Uhr)

★

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 13.12 Uhr.

Präsident Weber: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Bevor ich das Stimmergebnis bekannt gebe, weise ich darauf hin, dass gemäß Artikel 110 Absatz 3 der Landesverfassung der Beschluss auf Entziehung des Vertrauens zustande kommt, wenn die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl, das sind 42 Abgeordnete, zustimmt.

(C)

(D)

- (A) Ich werde jetzt das Abstimmungsergebnis bekanntgeben, wie es von den Schriftführerinnen beziehungsweise den Schriftführern festgestellt wurde.
Ausgegebene Stimmzettel 81, abgegebene Stimmzettel 81, vernichtete Stimmzettel keine.
Mit Ja haben gestimmt 35, mit Nein haben gestimmt 45, Enthaltungen eine, ungültige null.

(Anhaltender Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.
Bevor ich Sie nun in Ihren wohlverdienten Urlaub entlasse, möchte ich Sie auf ein ernsthaftes Problem hinweisen, das mir die Raumpflegerinnen mitgeteilt
- haben. Die herzliche Bitte ist, dass Sie bitte unter Ihren Pulten aufräumen und nichts liegenlassen. Wenn es geht, räumen Sie bitte auch unten die Fächer vor der Sommerpause noch auf.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen erholsame Tage, schöne Sommertage und wenig Regen. Ich hoffe, wir sehen uns nach der Sommerpause gesund wieder.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 13.16 Uhr)
- Die mit *) gekennzeichneten Reden wurden vom Redner/von der Rednerin nicht überprüft.
- (C)
- (B)
- (D)

